

GE - W 164

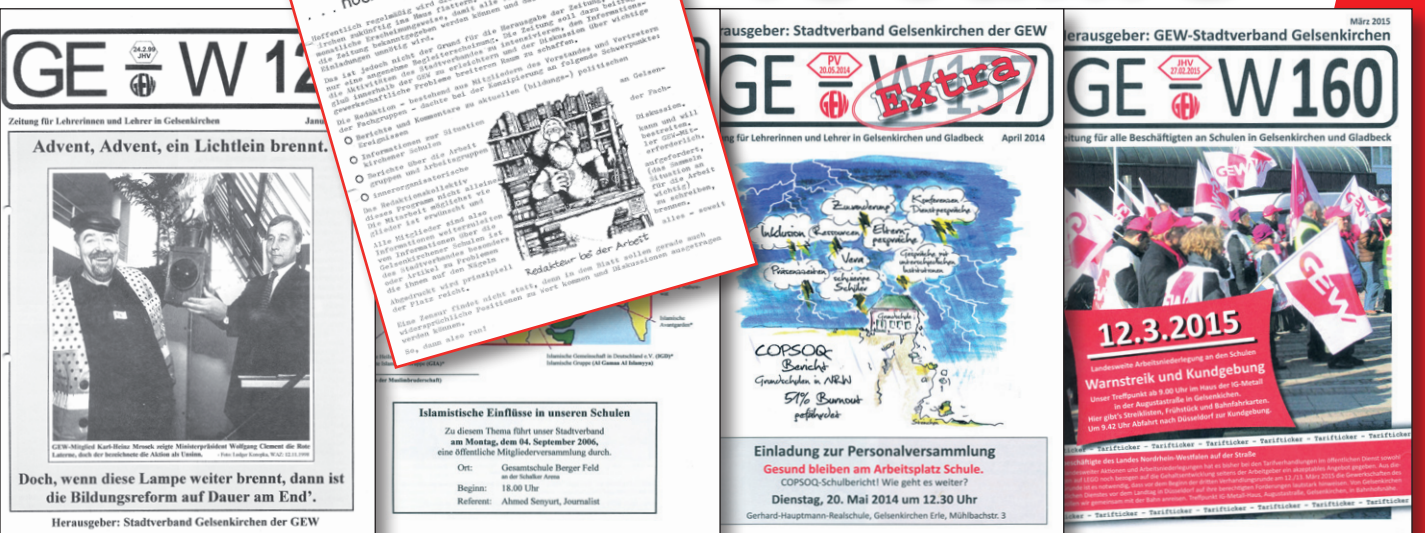
JHV
02.02.2018



Zeitung für alle Beschäftigten an Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck



40 Jahre



Einladung

zur Jahreshauptversammlung mit Grünkohlessen
am Freitag, dem 02. Februar 2018 um 18:00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen
Referent: Prof. Dr. Gabriele Bellenberg



Auf ein Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dieser Ausgabe der GE-W 164 schauen wir auf 40 Jahre Stadtverbandszeitung zurück. Dank gebührt an dieser Stelle den Initiatoren und denjenigen, die die Stadtverbandszeitung

weiterentwickelt haben. Klaus Sailer und Klaus Simon sind zwei Männer der ersten Stunde. Sie haben den Anfangsprozess begleitet bzw. gestaltet. Ihnen ist es mit zu verdanken, dass die schon damals besondere Problemlage in unserer Stadt / Region nach außen transportiert worden ist, wie ein Text aus der GE-W 1 (siehe Seite 17) verdeutlicht. Das Zeitungsformat von heute, verdanken wir unserem Öffentlichkeitsreferenten und Leitungsteamkollegen Karl-Heinz Mrosek, der zum letzten Mal in dieser Funktion an dieser Ausgabe mitgewirkt hat. Sein unermüdlicher Einsatz in diversen Bereichen hat viel bewegt und vielen Kolleginnen und Kollegen geholfen. **Danke!**

Inhalt

Auf ein Wort / Inhalt	2
Bericht und Einladung der Jahreshauptversammlung	3
Rechenschaftsbericht	
Und jährlich grüßt das KEV	4
Wahlausschreibung	5
Gute Bildung schafft eine bessere Demokratie	6
GEW-Deligation im Landtag	
Was die Gymnasien jetzt brauchen	7
Vorschulpubertät	
Krankenversicherung gerecht finanzieren	8
"In memoriam" Paris"	
Schüler*innenzahlen: NRW erwartet einen Boom	9
Obergrenze?	
OB Frank Baranowski ist skeptisch	10-11
Abschlusskundgebung 29.06.2017 der Fachgruppe Grundschule GEW-GE	12-13
Zahlen ,Daten, Fakten	
Erhebliche personelle Mehrbedarf	13
Trojanisches Pferd "Digitale Bildung LOGINEO NRW Kommt!	14
Änderungen bei der Pflegeversicherung	15
Der Sozialindex für Hamburger Schulen Studie IQB-Bildungstrend	16
Gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrkräfte Düsseldorf / Münster	
GEW Nr.1 im September 1977	17
Predigt von Pastor Heisig zum 1. Mai 2017	12-13
Braune Hochburg Gelsenkirchen Warum die AfD in einigen Stadtteilen besonders gut abschnitt.	20-23
Jubilarehrung 25 , 40 , 50 Jahre Mitglied in der GEW	24

Vier Jahrzehnte in denen wir informiert haben, aber auch Reformvorschläge unterbreitet haben, um Schule auf gesunde Füße zu stellen. Beginnend von unten nach oben, manchmal auch umgekehrt sind unsere Verantwortungsträger stets im Bilde über die besondere Situation in Gelsenkirchen und Gladbeck gewesen. Heute ist zu konstatieren, dass die Politik und auch unsere Ministerien eine zunehmend schwieriger werdende Gemengelage durch Unterlassung zu einem explosiven Gemisch haben werden lassen. Mit dem durch die GEW Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen vor gut 20 Jahren initiierten Masterplan Bildung Ruhrgebiet sind Grundlagen geschaffen worden, die ohne Zweifel in die Region „Metropole Ruhr“ eingeflossen sind. Doch die dort formulierten und durch Daten ermittelten Ressourcen sind nie zur Verfügung gestellt worden.

Wir bräuchten den Geist einer neuen Reformation, der die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in einen Erneuerungsprozess münden lässt und „Schlechtes“ nicht mehr schönredet.

Das Aufbürden weiterer Aufgaben, wie z.B. Individuelle Förderung, Inklusion und die Herausforderung der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen und vieles mehr haben unser Bildungssystem zu einem kranken Patienten gemacht. Jüngste Studien machen dies auch deutlich.

Kann ein erkranktes System gesundes hervorbringen? Besteht nicht vielmehr die Gefahr, dass alle, die sich in diesem System befinden auf der Strecke bleiben?

Viele Beschäftigte im Erziehungsbereich fühlen sich heute von der Politik alleingelassen. Die Bereitstellung der Ressourcen hat mit der Entwicklung der Herausforderungen in KiTa und Schule nicht standhalten können. Die Belastungen sind derart gestiegen, dass Entlastungen dringend geregelt und zusätzliche eingeführt werden müssen, damit wieder Ruhe ins System zurückkehrt.

Wir benötigen einen Arbeits- und Gesundheitsschutz, der im Sinne des Gesetzes die „Verhütung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren einschließlich Maßnahmen der menschengerechten Gestaltung der Arbeit“ in den Focus nimmt und eine Politik, die in diesem Sinne handelt.

Wir wollen als Gewerkschaftsbewegung auch weiterhin gemeinsam die Dinge, die uns bewegen, benennen, diskutieren und an diverse Stellen transportieren. So hat eine GEW-Delegation aus Gelsenkirchen und Gladbeck nach dem Regierungswechsel bereits vor den Sommerferien einem Vertreter der Mehrheitsfraktion die akute Notlage in unseren Städten geschildert (s. Innenteil).

Jeder von uns ist eingeladen sich an den Aktionen der GEW für mehr Lohngerechtigkeit und Verbesserung der Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Ich wünsche uns allen, besinnliche Weihnachtstage, erholsame Ferien und ein gutes, friedvolles neues Jahr!

Euer

Lothar Jacksteit

Bericht von der Jahreshauptversammlung am Freitag dem 17. Februar 2017

Karl-Heinz Mrosek konnte im DGB Haus der Jugend, Gabelbergerstrasse, um 18 Uhr die Versammlung eröffnen und 36 Teilnehmer begrüßen.

Im ersten Teil, ging es um die Regularien.

Detlef Seela hatte als Kassierer einen Kassenbericht vorgelegt, danach haben die Ausgaben im Geschäftsjahr 2016, die Einnahmen übertroffen. Dieses konnte durch Rücklagen ausgeglichen werden. Die zusätzlichen Ausgaben waren durch den Personalratswahlkampf in 2016 bedingt. Manfred Beck und Uwe Lorenz hatten als Kassenprüfer die Kasse geprüft. Sie hatten keine Beanstandungen entdeckt und beantragten von daher, die Entlastung des Kassierers. Diese erfolgte einstimmig.

Der Tätigkeitsbericht des Personalrates war in GE-W 163 stichpunktartig wiedergegeben worden. Karl-Heinz Mrosek machte Ergänzungen zur Entwicklung im Bereich TTIP/CETA. Er hebt noch einmal das gute Abschneiden des Personalrates Grundschule in Gelsenkirchen hervor lobt, dass inzwischen aus allen Schulformen Gelsenkirchener Lehrerinnen und Lehrer in den Bezirkspersonalräten vertreten sind, weist aber darauf hin, dass wir jetzt schon Landesweit die nächsten Wahlen in 2020 im Auge gehalten müssen. Die Wahlbeteiligung im Lande, in den einzelnen Schulformen, muss spürbar angehoben werden und wir dürfen hier das Feld nicht kleinen Splittergruppen, wie zum Beispiel SCHALL überlassen.

Während der Jahreshauptversammlung ging in Potsdam die Tarifverhandlung in die letzte entscheidende Runde. Lothar Jacksteit hatte einige Interna und konnte fast vorhersagen, was dann in der Nacht in Potsdam auch abschließend ausgehandelt wurde.

Um 18.30 Uhr unterbrach Karl-Heinz Mrosek die Versammlung zu einem gemeinsamen Abendbrot. Es gab Grünkohl. Um 19:00 Uhr wurde die Tagung wieder aufgenommen, und zwar mit einem Referat von Prof. Dr. Heinz Josef Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen. Er schilderte die Entwicklung von Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Europa für den Zeitraum von 1946 bis heute.

Er wies auf die aktuelle Armutsquote in Deutschland von 16 Prozent hin, wies auf Forschungen der Uni Bielefeld zur „Mitleidsökonomie“ hin, machte Ursachenforschung, wies auf die neoliberale Politik hin, auf die Problematik der Umverteilung und auf das Problem, dass angesichts der Zunahme von Produktivität, Arbeit immer weniger würde. Als einzigen Ausweg nannte er drastische Arbeitszeitverkürzungen.

Er analysierte das Problem der Schulden in Griechenland und mokierte sich über mangelndes ökonomisches Wissen der Politiker aller Parteien.

Abschließend erklärte er sich bereit, dem Vorstand eine Kurz-

fassung seines Vortrages zur Veröffentlichung in der nächsten Stadtverbandszeitung zu Verfügung zu stellen.

Lothar Jacksteit bedankte sich beim Referenten für seinen Vortrag, bei den Mitgliedern und Gästen für ihr Erscheinen und für ihr langes Ausharren, und schloss die Sitzung mit den besten Wünschen für das neue Geschäftsjahr um 20:45 Uhr.

Karl-Keinz Mrosek
Leitungsteam

Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Termin:

**Freitag, 02. Februar 2018
um 18:00 Uhr**

Ort:

**DGB-Haus der Jugend,
Gabelbergerstraße 12,
45879 Gelsenkirchen**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW Gelsenkirchen und Gladbeck sind. Der Stadtverband lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf dieser Versammlung zu Grünkohl und Getränken ein.

**Anmeldung (wäre hilfreich)
bitte bis Donnerstag den 25.01.2018.**

Tagesordnung:

- 1. Regularien**
- 2. Gemeinsames Abendessen**
- 3. Referat von Prof. Dr. Gabriele Bellenberg**
Thema: Schulscharfer Sozialindex - Ungleiches ungleich behandeln.
- 4. Aussprache**
- 5. Verschiedenes**

Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2017

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am 17.02.2017 im DGB Haus der Jugend statt.

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1177
Gelsenkirchen 1006, Gladbeck 171

Im Berichtszeitraum fanden

6 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:

- Terminplanung/Finanzplanung, Kassenbericht, Haushaltsplan
- Zusammenarbeit STV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
- Vorbereitung JHV 02.02.2017 im DGB-Haus der Jugend
- Besonderes Thema: TTIP, Kinderarmut, Qualitätsoffensive, Inklusion, Zukunftswerkstatt
- Teilnahme am Gewerkschaftstag 2017
- Unterstützung einer DGB-Aktion in der Flüchtlingsarbeit (Patenschaften)
- Zusammenarbeit mit Personalräten und Schwerbehindertenvertretungen
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen.
- Teilnahme an 4 Untergliederungsversammlungen
- Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

- Vorbereitungen und Aufruf zum Warnstreik am 01.02.17 in Münster und am 09.02.17 in D´dorf mit lokalem Streikbüro im Haus der IG Metall, Gelsenkirchen
- Kooperation und Konflikt Zusammenarbeit des Lehrerrates mit schulischen Akteuren 13.02.17 In Gelsenkirchen
- GEW-Mitglieder und Vertrauensleutekonferenz 29.03.17 DGB Haus der Jugend
- JHV am 17.02.2017 im DGB-Haus der Jugend – Referent Prof. Heinz-Josef Bontrup Thema: aktuelle volkswirtschaftliche bzw. betriebswirtschaftliche Fragen
- JHV des Ortsverbandes Gladbeck 28.06.17
- Jetzt schläg´s 13! Ohne Moos Kinder chancenlos! Not- und Leidensgang zum HSH am 29.06.17
- Zukunftswerkstatt „Bildung in Gelsenkirchen“ 05.10.2017 DGB-Haus der Bildungsreferent Alfons Kunze
- Jubilarehrung am 17.11.2017 mit Kabarett

Im Berichtsraum wurden Tarifinformationen, GEW Infos, Material zu Lego, Infos der Personalräte, Kalender und Broschüren zu verschiedenen Themen an die jeweiligen Schulformen versandt.

Der Stadtverband nahm an den Vorstandssitzungen des DGB Emscher/Lippe teil und beteiligte sich an der Maikundgebung, sowie am Antikriegstag am 1.9.17.

Der Stadtverband trat bei Amtsantritt der LAA im Seminar in Erscheinung. Pressearbeit / Stadtverbandszeitungen GE-W 163 extra, GE-W 164

Eine GEW-Delegation hat vor den Sommerferien ein erstes Gespräch mit der neuen Regierungspartei, vertreten durch Klaus Kaiser und Professor Baumgarten, im Landtag geführt.

Der Vorstand

Und jährlich grüßt das KEV

(Kieler Einschulungsverfahren)

Es ist wieder mal soweit. Die neuen Erstklässler sind gerade in der Schule angekommen, da werden schon die I-Männchen für das kommende Schuljahr angemeldet und getestet. Stadtauf, stadtab bringen Eltern ihre Vier- bis Fünfjährigen zu den Schulspielen, damit dort festgestellt wird, ob ihre Kinder in einem Jahr schulfähig sind oder ob bei ihnen Förderbedarf besteht.

Auf mich wirkt es wie Karten legen. Wir kennen die Bedeutung der einzelnen Karten aber der Zufall mischt sie und die Inhalte ergeben sich aus dem Zusammenhang.

Zuverlässiger und aussagekräftiger als jeder Test sind die Kenntnisse, welche die ErzieherInnen durch ihre Arbeit mit den Kindern in den Kitas gewinnen. Dort werden Förder – und Therapiebedarfe im täglichen Kontakt mit dem Kind besser erkannt, als in einem 1-2 stündigen Schulspiel.

Übrigens! Tests zur Schulfähigkeit sind im Landesgesetz NRW nicht vorgeschrieben. Über die Schulfähigkeit eines Kindes entscheidet letztendlich die Schulleitung aufgrund des amtsärztlichen Gutachtens (§ 35 Abs.2. und Abs.3 SchulG). Und selbst wenn ein Kind nicht schulfähig ist, wird es in der Regel eingeschult.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob nicht in Zeiten ständig anwachsender Aufgaben und Anforderungen auf Schulspiele verzichtet werden muss.

Zu diskutieren wäre, ob zu Beginn des ersten Schuljahres ein Diagnoseverfahren/eine Testung während der Unterrichtszeit durchgeführt – eine sinnvollere Alternative darstellt.



**Martina
Albretsen**

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Wahlausschreiben

An die Mitglieder der GEW Gelsenkirchen und Gladbeck

Der Wahlausschuss lädt hiermit ein zur Wahlversammlung

(Diese findet im Rahmen der Jahreshauptversammlung statt.)

Zeit: Freitag, 2. Februar 2018 um 18:00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12

Folgende Funktionen sind zu besetzen:

- I. Geschäftsführender Vorstand
 1. Vorsitzender
 2. stellv. Vorsitzender
 3. stellv. Vorsitzender
(Alternativ ein dreiköpfiges Leitungsteam)
 4. Kassierer
 5. stellv. Kassierer
 6. Schriftführer
 7. stellv. Schriftführer
 8. Referent für Öffentlichkeitsarbeit
- II. Delegierte für den Gewerkschaftstag
- III. Kassenprüfer
- IV. Wahlausschuss

Das aktive Wahlrecht haben alle Mitglieder der GEW Gelsenkirchen und Gladbeck, deren Aufnahme bis zum Tag der Wahlversammlung vollzogen ist.

Das passive Wahlrecht setzt zudem eine mindestens sechsmontatige Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft voraus.

Wahlgänge für den Stadtverband Gelsenkirchen und den Ortsverband Gladbeck finden getrennt von einander statt.

Das **Wählerverzeichnis** liegt bis zur Wahlversammlung in der GEW-Geschäftsstelle, Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Telefon: 0209 513759, zur Einsichtnahme nach telefonischer Rücksprache aus. Dies ist besonders wichtig für die Kolleginnen und Kollegen, die neu in die GEW eingetreten sind oder die sich aus einem anderen Stadtverband umgemeldet haben.

Kandidatenvorschläge sind mit der Einverständniserklärung des Kandidaten bis eine Woche vor der Wahlversammlung (2. Februar 2018) bei der oben genannten Adresse einzureichen. Weitere Kandidaten können bei der Wahlversammlung vorgeschlagen werden.

Wahlverfahren:

Die Wahlen werden nach § 7 und § 8 der Wahlordnung des Stadtverbandes durchgeführt.

Wir bitten neu eingetretene oder aus einem anderen Stadtverband übergewechselte Mitglieder, die vorläufige Bescheinigung über die Aufnahme bzw. ihren Mitgliedsausweis mitzubringen.

Der Wahlausschuss
Gisela Fries-Oehlschlägel
Marita Koch

Gute Bildung schafft eine bessere Demokratie!? oder das Märchen: Mehr PS im Auto bedeutet weniger Stau!?

Nun ist es passiert, was in den Augen der Menschen aus der bildungs- und einkommensetablierten Gesellschaftsschicht undenkbar schien: Der Populismus setzt sich durch!

Mal abgesehen davon, dass durch die Wahl „Populismus“ schon wieder das Gleiche gemacht wird wie mit den Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft stehen – nämlich Abwertung, Dämonisierung, Ausgrenzung –, ist es doch notwendig, dass sich mit dem Ausschließen unseres gesellschaftlichen Seins in Deutschland auseinanderzusetzen.

Als langjähriger Hauptschullehrer und –leiter sind mir diese Schichten, auf die nun die politische Elite sowie die meisten Medienvertreter verängstigt schauen, nicht fremd. Es ist nicht verwunderlich, was sich jetzt wieder abspielt: empörtes Erschrecken, Suchen nach Schubladen, in die man diese Menschen stecken kann, „Experten“ befragen und Lösungen für die Betroffenen suchen (nicht mit den Betroffenen). Dahinter steht die Sorge, dass der eigene Status und das eigene Dasein nicht werden gehalten werden können.

Ich möchte keine lange Analyse der Fehler der Vergangenheit machen, lediglich einige kurze Anmerkungen:

Der Umbau der Gesellschaft mit der gleichzeitigen Umverteilung von Vermögen und Macht hat vor langer Zeit begonnen (die Bertelsmann-Stiftung als einer der Hauptprotagonisten ist 1977

gegründet worden, die Kultusminister/-innen Schwier, Behler, Schäfer, Sommer kamen alle aus Ostwestfalen, dem Sitz der Stiftung). Das immer wiederholte Mantra „Privat vor Staat“ tat ein Übriges. Insofern waren die „Reformen“ unter Gerhard Schröder nur folgerichtig. Parallel dazu wurden im wirtschaftlichen Sektor der Konsument und der Gewinn wichtiger als der Arbeitnehmer und im pädagogisch-humanistischen Bereich der Individualismus. Nicht umsonst ist heute die „individuelle Förderung“ einer der Kernbereiche im Schulgesetz. Dass dabei die andere Seite der Medaille (Solidarität, Gemeinschaftsgeist, Verantwortung für andere oder deren Zukunft) auf der Strecke blieb, dämmert erst jetzt so manchem (leider noch viel zu wenigen Menschen). Narzissmus und Entsolidarisierung sind die Voraussetzungen für die Mehrung des Reichtums von Wenigen – und das ist ja sehr gut gelungen.

Natürlich ist diese Sicht sehr verkürzt, aber ist sie deswegen falsch?

Und jetzt wehren sich die Abgehängten, die Ausgegrenzten, die Verarmten, diejenigen, die den sozialen und materiellen Absturz fürchten. Und wie sollen sie sich wehren? Vielleicht können sie es nur, wenn sie in Wahlen das Gleiche machen, wie wir es jetzt in den USA beobachten konnten: Abstimmen gegen die Klasse der etablierten Politiker und Parteien.

Diese sind jetzt aufgeschreckt und fangen an, sich zu wehren. Nicht diskutiert wird über eine grundsätzlich andere Steuerpolitik (die Grünen machen es ja auch nur ein bisschen), nicht diskutiert wird über neue Steuermodelle im Wohnungsbau oder bessere Kinderbetreuung, nicht diskutiert wird über Schließung von Steuerschlupflöchern (der Finanzminister hat dabei schon einiges auf EU-Ebene verhindert), nicht angegangen werden Spekulationsgewinne auf Boden und Nahrung, nicht geändert wird die seit langem andauernde Enteignung der Sparer und Vorsorgeanlagen der unteren Mittelschicht. Schon gar nicht wird in Frage gestellt, dass man mit Geld mehr Geld verdient als mit Arbeit.

Aber man muss doch etwas für die Ausgegrenzten tun!?!?

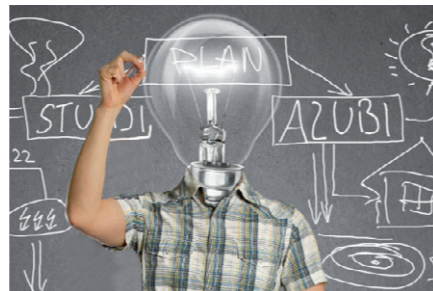
Richtig: Bildung!!! Denn sind diese Menschen genug gebildet, wählen sie auch wieder das Bisherige.

Welch ein Irrtum!

Dazu zwei Beobachtungen aus meinem beruflichen Bereich:

Als die Ladenschlusszeiten geändert wurden (wochentags bis 22 Uhr und an vielen Sonntagen auch), hat man eine bestimmte Käuferklientel im Auge gehabt: Jüngere, die nachmittags und abends arbeiten, genügend Geld, aber angeblich keine Zeit zum Einkaufen haben.

Ich aber habe erlebt, dass gerade die Kinder, die es nötig gehabt hätten, dass ihre Mütter sich um sie kümmern müssten, plötzlich sehr lange Zeiten allein waren: Weil ihre Mütter an den Kassen sitzen oder Regale einräumen mussten oder als Reinigungskräfte spät abends oder nachts unterwegs waren. Denn genau diese Menschen haben den Preis dafür bezahlt, dass Einkaufen zu jeder Zeit möglich ist. Dass dann „Betreuungssysteme“ aufgebaut werden mussten, natürlich mit Steuermitteln, war die Folge. Schlimm für eine



Generation von Kindern, die ihre Eltern nur müde oder abwesend erleben. Die Ergebnisse können wir in den Schulen und Kitas beobachten.

Ich will hier nicht gegen die Berufstätigkeit von Eltern sprechen, im Gegenteil, ich habe es immer als gut erlebt, wenn Eltern gearbeitet haben. Aber die Bedingungen und die Arbeitszeiten gerade der prekären Schichten sind vielfach äußerst familienfeindlich.

Bildung braucht auch immer einen Abnehmer.

Wie oft haben wir in den Schulen versucht, den Schüler/innen klar zu machen, dass eine bessere Bildung mehr Chancen zum eigenständigen Leben eröffnet. Und mussten immer wieder feststellen, dass manche (viele?) einfach keine Anstrengungen beim Lernen unternommen haben. Bestätigt hat das eine Frage eines Achtklässlers an mich: Warum soll ich denn lernen, wenn ich sowieso keinen Job bekomme? Tja, da ist man als Lehrer antwort- und sprachlos.

Wie kommt ein junger Mensch zu so einer Aussage?

Sein älterer Bruder hat trotz eines Mittleren Schulabschlusses und eines guten Benehmens bei ca. 45 Bewerbungen keinen Ausbildungsplatz bekommen (nein, nicht nur die Modeberufe!). Sein Vater ist nach 27jähriger Berufstätigkeit entlassen worden: der Betrieb hat zugemacht trotz schwarzer Zahlen. Er sitzt seit einem halben Jahr zuhause. Dieses Erleben und viele andere Beispiele in seiner Umgebung haben diesem Jungen gezeigt: Anstrengung lohnt sich nicht, du hast sowieso keine Chance.

Und dieses gilt ja nicht nur in der freien Wirtschaft, auch an Hochschulen und selbst beim Staat wird mit Zeitverträgen und Mindestlohn sowie unterschiedliche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten gearbeitet. Wie soll sich dann eine wissenschaftliche Elite und ein handlungsfähiger Staat für morgen und für alle Bürger entwickeln können?

GEW-Delegation im Landtag



Nach den diesjährigen Landtagswahlen, haben wir unsere direkten Ansprechpartner der Regierungspartei verloren. Sie stehen uns zwar in der Opposition für Gespräche wie gewohnt zur Verfügung, dennoch sind Vertreter der GEW Gelsenkirchen und Gladbeck stets auf die an der Landesregierung beteiligten Parteien direkt zugegangen.

Eine GEW-Delegation aus unserem Stadtverband ist noch vor den Sommerferien nach Düsseldorf in den Landtag, zu einem Gespräch mit dem damaligen bildungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion (heute Staatssekretär) Klaus Kaiser und Professor Baumgarten gereist.

In einem konstruktiven Austausch hat die GEW Gelsenkirchen / Gladbeck dargestellt, dass durch die wöchentlich steigenden Zuwandererzahlen sofortiges Handeln erforderlich ist. Jegliches Zögern hat zur Folge, dass die sozialen Schwierigkeiten etc. in Zukunft zunehmen und sich zu einem unüberschaubaren Risiko für NRW entwickeln. Bereitstellung von Ressourcen (u.a. Entfristung der Verträge unserer Schulsozialarbeiter), Schaffung von Entlastungstatbeständen und die Herstellung von Lohngerechtigkeit insbesondere beim Einstiegsamt aller Lehrämter sind thematisiert worden.

Lothar Jacksteit

Da aber schulisches Tun nicht nur auf die Kompetenz der Lehrkraft angewiesen ist, sondern auch von der Bereitschaft der Lernenden abhängt (das wird ja von der Qualitätsanalyse und der Schulaufsicht vielerorts geflissentlich übersehen), kann man noch so viel investieren: es kommt nicht an! Denn es fehlt die Perspektive: Ein Arbeitsplatz und ein Einkommen, das nicht nur die Grundlagen des Lebens sichert, sondern auch über lange Zeit Bestand hat. Und genau an dieser Perspektive mangelt es. Verlässliche Lebensvorsorge gibt es nicht mehr.

Und hier schließt sich der Kreis: Solange auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen (Entsolidarisierung und mangelnde Lebensperspektive bei gleichzeitiger Umverteilung von unten nach oben) keine umfassende und alle Menschen mitnehmenden Antworten gefunden werden, solange wird auch das Bemühen um eine bessere und breitere Bildung nicht greifen!

Natürlich muss viel mehr in Bildung investiert werden, sehr viel mehr sogar. Wer aber glaubt, dass sich deswegen politisch etwas ändert, dass Menschen wieder mehr der politischen Elite vertrauen, der hat wirklich nicht verstanden, was sich derzeit ereignet.

Michael Liß
stellvert. Vorsitzender des
FGA Hauptschule der GEW-NRW
und Leiter einer Hauptschule in Siegburg

Was die Gymnasien jetzt brauchen: Mehr Planungssicherheit für G9 und zusätzliche Entlastung für Korrekturfachlehrer

Ab dem Schuljahr 2019/20 wird an den Gymnasien in NRW wieder das Abitur nach 9 Jahren Regelfall sein, sofern sie sich nicht ausdrücklich – auf Initiative der Schulkonferenz – für das „Turbo-Abitur“ nach 8 Jahren entscheiden.

Es wird aber – laut Schulministerium – nicht erwartet, dass viele Gymnasien davon Gebrauch machen werden.

Betroffen sind von dieser Umstellung auch die Schüler, die sich zu dem Zeitpunkt in der 6. Klasse befinden werden.

Alle älteren Schüler aber werden – aller Voraussicht nach – noch das „Turbo-Abitur“ machen müssen.

Viele Eltern, Schüler und auch Lehrer begrüßen die Rückkehr zu G9. Dennoch werden im Vorfeld noch wichtige Rahmenbedingungen und Fragen geklärt werden müssen, um den Schulen genügend Planungssicherheit für die Umstellung zu verschaffen. Dazu gehören z. B. folgende Punkte:

- Wann soll zukünftig die zweite Fremdsprache beginnen? (Die GEW NRW spricht sich für einen Beginn erst in Klasse 7 aus.)
- Wie soll bei den G9-Schulen die Wahlfreiheit zwischen Halb- und Ganztagschule gewährleistet werden?
- Haben die Schulen genügend Raumkapazitäten?
- Ab wann wird es neue Schulbücher geben?
- Werden für die Umstellung genügend Lehrer zur Verfügung stehen?
- Wie können die Fachschaften bei der notwendigen Lehrplan-Überarbeitung unterstützt werden?

Gerade in Bezug auf den letzten Punkt sehen die Gymnasiallehrer viel Arbeit auf sich zukommen und wünschen sich, dass ihnen deutlich mehr Zeit und Unterstützung „von oben“ zur Verfügung gestellt wird als es bei der Umstellung auf G8 der Fall gewesen ist!

Schließlich wird die qualitative Überarbeitung des Lehrplans neben den „normalen“ Aufgaben wie Unterricht, Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Elterngespräche, Verwaltungsaufgaben, Schulprogrammarbeit, Integration, Inklusion... gestemmt werden müssen!

Insgesamt ist festzustellen, dass die Arbeitsbelastung für Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

Für viele Kolleginnen und Kollegen kommt erschwerend hinzu, dass sie als Korrekturfachlehrer sehr viel zusätzliche Zeit am Schreibtisch verbringen müssen. So müssen Lehrer, die in der Sekundarstufe II unterrichten, z. B. unter Umständen hunderte von Klausuren in einem Schuljahr korrigieren. Abiturprüfungen, Zweitkorrekturen und Facharbeiten nicht miteingerechnet.

Die GEW-Fachgruppe Gymnasium Gelsenkirchen fordert deshalb: Mehr zusätzliche Entlastung für die Korrekturfachlehrer!

Britta Logermann

Vorschulpubertät

Neulich kam ich mit einer Erzieherin ins Gespräch über ihren Arbeitsplatz. Unter anderem erzählte sie mir, dass es jetzt etwas Neues gebe: **Vorschulpubertät!**

Da war ich doch einigermaßen geplättet. Bisher dachte ich immer, Pubertät ist eine bestimmte Zeit im Leben eines Menschen, die von Brüchen, Neuentdeckungen, Hormonüberschüssen, Loslösungen, körperlichen Umwandlungen usw. geprägt ist. Und aus meiner Zeit als Hauptschullehrer wusste ich: irgendwo zwischen 11/12 und 15/16 Jahren, mal mehr, mal weniger. Und ich hatte 39 Jahre mit solchen Jugendlichen zu tun. Sämtliche Erscheinungsweisen der Pubertät sind mir bekannt. Vor allem aber Eltern, in den letzten Jahren zunehmend, die mir gegenüber saßen und jedes Fehlverhalten, jede Aufsässigkeit, jedes Regelüberschreiten damit entschuldigten: Mein Kind ist in der Pubertät, das müssen Sie doch verstehen! Als ob Pubertät eine Entschuldigung für Nicht-Benehmen und Ausrasten wäre. Das Einzige, was ich oft verstand, war, dass diese Eltern sich der Anstrengung der Erziehung entzogen. Und nun Vorschulpubertät.

Bis jetzt kannte ich nur verschiedene Trotzphasen, die sich zu Beginn des Schulalters darstellten. Diese waren notwendig, bezeichneten sie doch Selbsterlebensprozesse und Loslösungen.

Also: Internet. Und tatsächlich – ich dachte, ich träume: 259 Ergebnisse im ersten Suchlauf.

Krankenversicherung gerecht finanzieren

Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Anteil in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wie die Beschäftigten einzahlen, fordert der DGB. Mit einer Kampagne machen die Gewerkschaften Druck.



Mit knackigen Slogans wirbt der DGB für eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Hashtag für die sozialen Netzwerke lautet #heyboss

Die Zeiten, in denen sich Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen die Beiträge zur GKV geteilt haben, sind schon lange vorbei. Seit 2005 müssen ArbeitnehmerInnen einen Zusatzbeitrag leisten, während die Beiträge der Arbeitgeber nicht erhöht wurden. 2011 wurden ihre Beiträge bei 7,3 Prozent eingefroren. Der Arbeitnehmeranteil liegt inzwischen im Schnitt bei 8,4 Prozent. Seit 2015 darf jede Krankenkasse selbst über den Zusatzbeitrag für ihre Mitglieder entscheiden. Beschäftigte zahlen so durchschnittlich 400 Euro mehr als ihre Arbeitgeber. Damit soll Schluss sein. Unter dem Motto „Hey Boss, wo bleibt deine Hälfte?“ werben DGB und Gewerkschaften für eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Auf Links geklickt, neugierig gelesen – und immer wieder den Kopf geschüttelt. Da gab es nicht nur Elternberatungsseiten, sondern auch Uni-Mitarbeiter, Psychologen und Ärzte, die allen Ernstes behaupteten, es gebe eine „kleine Pubertät“. Schließlich beobachte man Loslösungsprozesse und auch hormonelle Veränderungen und manchmal Aufmüpfigkeit ... Ja was denn sonst, wenn ein Kind älter wird, wächst und sich neuen Herausforderungen gegenüber sieht (bald in die Schule zu gehen)??? Muss das denn alles gleichgesetzt werden mit dem Begriff „Pubertät“, der ja nun wirklich eine einschneidende Zeit im Leben eines jeden Menschen – und natürlich auch seiner Umgebung – ist?

Da machte es „klick“: Genau, das war doch wieder die Entschuldigung für Eltern, ihre Kinder nicht zu erziehen, sich nicht mit ihnen auseinanderzusetzen, ihnen nicht ihre Grenzen aufzuzeigen! Indem man quasi die letzte Trotzphase zur kleinen Pubertät erklärt, ist man als Eltern fein raus und dann – und dann muss es eben die Kita leisten! Juhu!!!

Also liebe Erzieherinnen und Erzieher: Lasst euch nicht alles einreden, glaubt nicht jeden neuen Begriff, auch wenn er aus universitären Höhen kommt, erklärt den Eltern weiterhin ruhig und geduldig, dass sie in erster Linie für die Erziehung zuständig sind und dass nicht alles, was verbreitet wird, vernünftig ist.

Aber vielleicht, vielleicht gibt es ja noch eine Seniorenpubertät ...ich habe da so zwei Schwägerinnen ...

Michael Liß

stellvertr. Vorsitzender des FGA Hauptschule der GEW-NRW und Leiter einer Hauptschule in Siegburg

„Um die Weichen neu zu stellen, müssen als Erstes Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder den gleichen Anteil der Krankenkassenbeiträge zahlen“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Arbeitnehmerhaushalte mit Kindern sollen entlastet werden. Auch die schrittweise Einführung der Bürgerversicherung in der GKV bleibe auf der Tagesordnung, so Buntenbach.

Dass der DGB mit seiner Kampagne einen Nerv getroffen hat, zeigen die Reaktionen der Arbeitgeber. Wer eine Rückkehr zur Parität wolle, der schränke „die Chancen auf höhere Löhne in der Zukunft ein“, drohte

BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter in der Passauer Neuen Presse. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach erwiderte: „Haltet still, zahlt weiter drauf, damit wir euch morgen etwas mehr Lohn zugestehen. So nicht, lieber Sozialpartner: Die Idee der Sozialversicherung beruht nicht auf Erpressung, sondern einer sauberen 50/50-Finanzierung“.

Auch die Behauptung der Arbeitgeber, die Lohnnebenkosten würden deutlich steigen, wenn Arbeitgeber wieder die Hälfte der Kosten übernehmen, weist Buntenbach zurück. „Dafür ist der Anteil einer paritätischen Beitragsfinanzierung der gesetzlichen Krankenkassen an den Lohn- und Beschäftigungskosten dann doch zu gering.“ Ein Beispiel: Die Bayerischen Handwerkskammern kalkulierten für das Jahr 2013 die durchschnittlichen Kosten für eine Handwerkerstunde mit 48,51 Euro. Davon entfielen auf den Bruttolohn 13,50 Euro. Eine Erhöhung des Arbeitgeberanteils an den GKV-Beiträgen von 7,3 auf paritätische 7,85 Prozentpunkte würde zu einer Mehrbelastung von 7 Cent führen. www.dgb.de/heyboss Quelle: einblick 6 / 2017

In memoriam "Paris"



„Fürchtet euch nicht!“

Der schönste Satz der Weihnachtsbotschaft: „Fürchtet euch nicht!“ Mit Weihnachten kommt die Zeit, in der ich die alten Lieder im Kreis meiner Familie singe. Und es kommt die dunkle Jahreszeit, der wir mit viel Kerzenlicht begegnen. Dann die Tage „zwischen den Jahren“, Tage, an denen ich an das vergangene Jahr zurückdenke, innehalte und mich auf das neue zu freuen beginne. Eine Zeit der Stärkung.

„Fürchtet euch nicht!“ halte ich dem Entsetzen, der Trauer, der Ohnmacht und Sorge entgegen, die mich nach den Attentaten von Paris beschlichen haben. Sorge, dass sich unsere Gesellschaft grundlegend zu verändern droht. Für viele Menschen rückt der Terror sehr nah, weil Paris in unserem Nachbarland liegt, weil Fernsehen und Presse pausenlos darüber berichten. Weil sich im Netz Schock und Trauer, aber auch die Predigt von Hass und Gewalt potenzieren. Viele ängstigen sich, weil die Terroristen scheinbar wahllos zugeschlagen haben. Manche fürchten sich, weil der französische Staat mit Rache reagiert. Auf meiner Zugfahrt von Brüssel nach Frankfurt a. M. kontrollierte eine Militärstreife mit drei Soldaten die Wagen, einer mit Maschinenpistole im Anschlag, zwei dahinter, die nach „verdächtigen“ Gepäckstücken suchten.

Setzen wir der Gewaltspirale unsere aufrechte Überzeugung entgegen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Halten wir an den Grundrechten und dem Recht auf Asyl fest. Setzen wir uns dafür ein, dass die Opfer von Krieg und Terror, die Flüchtlinge, jetzt nicht zu Tätern gemacht werden. Setzen wir uns dafür ein, dass jetzt keine Zäune vor den Zufluchtsuchenden hochgezogen und diese nicht unter Generalverdacht gestellt werden, sie seien potenzielle Terroristen.

Der Terror ist schon lange da. In der Türkei, in Nigeria, Tunesien, Mali, in Palästina und Israel. Auch in Deutschland haben wir Zeiten des Terrors erlebt, und nach den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 hat auch Deutschland „die Freiheit am Hindukusch verteidigt“. Gewalt war und ist aber keine Lösung. Radikaler Islamismus ist nur ein Aspekt aktueller Bedrohung. Hinter ihm steckt die Ideologie der Ungleichheit, der Verachtung Andersdenkender. Auch Rechtsradikale und Rechtspopulisten bedrohen unsere grundlegenden Freiheiten. Auch sie lehnen das gemeinsame Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Lebensentwürfe ab. Genauso wie die Islamisten sind sie Feinde individueller Freiheit. Stellen wir uns einem Denken, das Differenz ablehnt, ebenso entgegen wie einer pauschalen Verurteilung von Muslimen.

Als Pädagoginnen und Pädagogen fragen wir uns, was falsch gelaufen ist, wenn sich junge Menschen radikalieren. Bil-

dung kann ein Schlüssel sein, denn: Menschen zu befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen, politisch urteilsfähig zu werden und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, ist eine zentrale Aufgabe des Bildungswesens. Die Menschenrechte müssen unser Wertmaßstab sein.

Als GEW setzen wir uns dafür ein, dass Lernprozesse zur Demokratiefähigkeit intensiviert werden und Politik sie besser unterstützt.

Politik darf die Bildungseinrichtungen mit ihrer Aufgabe nicht alleinlassen, gerade weil die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich global zunimmt. Eine Antwort lautet: Unsere Gesellschaft muss allen Menschen Perspektiven eröffnen.

Unser Ruf nach „Bildung statt Bomben“ ist immer noch richtig! Treten wir weiter für unsere Ziele ein und fordern von der Politik die notwendigen Schritte. Weil es keine schnellen Lösungen gibt, sind wir als Teil der Zivilgesellschaft gefordert. Wir tragen eine Verantwortung für die Zukunft einer freien und offenen Gesellschaft. Vor Terror und rechter Stimmungsmache dürfen wir nicht kapitulieren. Fürchten wir uns nicht!

Quelle: Erziehung und Wissenschaft 12/2015

**"Sprechende" Zahlen
Neuzugänge an
Gelsenkirchener Schulen 2015/16
1934 Schüler
17 Lehrkräfte**

Schüler*innenzahlen: NRW erwartet einen Boom

Steigende Geburtenraten und immer mehr junge Einwanderer*innen: In den nächsten 15 Jahren steht NRW ein Boom der Schüler*innenzahl bevor, der die offiziellen Prognosen deutlich übertreffen wird. Das belegt eine aktuelle Studie der Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm und Dr. Dirk Zorn. Mehr Lernende brauchen mehr Lehrkräfte – eine einfache Rechnung, die enormen Handlungsdruck erzeugt.

Im Januar 2017 veröffentlichte das NRW-Schulministerium seine Prognose zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen – gestützt auf eine Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes (IT.NRW) von 2015 mit Ausgangsdaten des Jahres 2013. Für die Primarstufe erwartet das Ministerium gegenüber 2015 bis 2030 einen leichten Anstieg auf 102 Prozent: von 653.380 Schüler*innen in 2015 über 659.210 in 2020, 661.640 in 2025 auf 666.750 in 2030. Dieser Zuwachs entspricht ziemlich genau der zugrunde liegenden Bevölkerungsprognose, die für die Altersgruppe der Sechs- bis unter Zehnjährigen im gleichen Zeitraum einen Zuwachs auf 102,4 Prozent erwartet.

So weit, so gut – wäre da nicht auch noch die Realität: Die Prognose des Ministeriums geht davon aus, dass 2015 in Nordrhein-Westfalen 146.990 noch nicht einjährige Kinder lebten. Tatsächlich waren jedoch 162.430 gemeldet. Auch für die Ein-

bis unter Zweijährigen liegen die der Prognose zugrunde gelegten Werte um 14.802 Kinder unter den Ist-Werten. Damit nicht genug: Die Geburtenzahl des Jahres 2016, die noch nicht abschließend vorliegt, wird mit mindestens 171.000 Kindern die Jahrgangsstärke von 147.985, von der die MSW-Prognose ausgeht, um 23.000 Kinder übertreffen.

Die Diskrepanz zwischen Prognose und tatsächlicher Entwicklung erklärt sich durch die in jüngster Zeit stark gestiegenen Geburtenzahlen: 2013 wurden in NRW 146.400 Kinder geboren, 2014 waren es 155.100, 2015 dann 160.500 und 2017 wurden bisher sogar etwa 171.000 Geburten verzeichnet. Hinzu kommen deutlich gestiegene Werte der Wanderungsbilanz: 2013 sind etwa 81.000 Menschen mehr nach NRW zuzugewandert. 2014 waren es 108.000 Menschen und 2015 etwa 274.000. Die Bilanzdaten für 2016 liegen derzeit noch nicht vor.

Angesichts dieser Entwicklung ist eine aktuelle Prognose der Schüler*innenzahlen mehr als überfällig, die bisher weder die Kultusministerkonferenz für Deutschland noch das Schulministerium für NRW geleistet haben. Die Studie „Demographische Rendite adé“ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung schließt diese Lücke und liefert eine aktuelle Vorausschätzung der Bevölkerungs- und Schüler*innenzahlen, die sich auf Deutschland insgesamt sowie auf die Flächenländer West und Ost und die drei Stadtstaaten bezieht.

Rechnet man die darin für die westlichen Flächenländer enthaltene Prognose auf Nordrhein-Westfalen herunter, ergibt sich: Bis 2020 wird sich die Anzahl der Kinder in der Primarstufe gegenüber 2015 um etwa 19.000 erhöhen, 2025 liegt diese Zahl um fast 92.000 höher als 2015, denn dann wirken sich die stark gestiegenen Geburtenzahlen aus. Danach wird die Schüler*innenzahl wieder leicht zurückgehen, aber die des Jahres 2015 mit etwa 741.000 immer noch um etwa 88.000 Schüler*innen übertreffen. Dieser demografisch bedingte Anstieg kommt erst nach 2025 in der Sekundarstufe I an, in der Sekundarstufe II ist eine Auswirkung der jüngeren Bevölkerungsentwicklung erst für die Jahre nach 2030 zu erwarten. Für die Schulen der Primarstufe sind diese Daten besonders alarmierend: Bei konstanten Klassenfrequenzen und Schüler*innen-je-Stelle-Relationen müssen bis 2025 etwa 3.950 neue Klassen gebildet und dafür etwa 5.400 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte geschaffen werden.

Prof. i. R. Dr. Klaus Klemm
Bildungsforscher

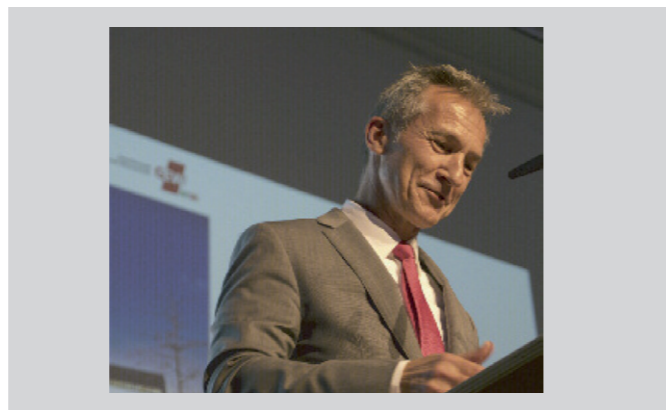
Schüler*innenzahlen: Vergleich der Prognose des MSW NRW und der Berechnungen von Prof. Dr. Klaus Klemm und Dr. Dirk Zorn

Schuljahr	Primarstufe		Sekundarstufe I	
	Klemm / Zorn	MSW NRW	Klemm / Zorn	MSW NRW
2015 / 2016 (Ist)	653.380	653.380	1.007.109	1.007.109
2020 / 2021	672.300	659.210	960.800	1.003.400
2025 / 2026	745.500	661.640	980.900	966.330
2030 / 2031	740.900	666.750	1.070.600	971.860

Quellen: Klaus Klemm, Dirk Zorn: Demographische Rendite adé. MSW NRW: Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2049 / 2050

Quelle: nds 9-2017

Obergrenze? OB Frank Baranowski ist skeptisch



Gelsenkirchen/Essen. Frank Baranowski: „Das Thema ist viel zu komplex.“ Sein Amtskollege aus Essen, Thomas Kufen, hatte eine Begrenzung der Zuwanderung gefordert.

„Wir sind wie Essen an der Grenze dessen, was wir leisten können. Aber trotzdem stehen wir natürlich zu unserer Verantwortung.“ Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD) spricht sich klar gegen eine Obergrenze aus. Sein Amtskollege Thomas Kufen (CDU), Stadtoberhaupt von Essen, hatte dies im Gespräch mit der dortigen WAZ-Lokalredaktion gefordert: „Es wird nicht ohne eine Obergrenze bei der Zuwanderung gehen, die Städte müssen vor einer dauerhaften Überforderung geschützt werden.“

In Gelsenkirchen sieht man dabei zwei Themenfelder vermischt, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben: Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten auf der einen, Zuwanderung aus Südosteuropa auf der anderen Seite.

Letzteres könne man schließlich nicht begrenzen, so Frank Baranowski und verweist auf das innerhalb der Europäischen Union geltende Gesetz der Freizügigkeit, das EU-Bürgern unter anderem die freie Wahl bei Wohnort und Arbeitsplatz zugesteht. Hier wäre – wenn überhaupt – die EU der richtige Ansprechpartner.

Menschen erwarten Lösungen

„Allerdings ist Zuwanderung aus Südosteuropa bundesweit ja überhaupt kein Thema“, stellt Baranowski fest. „Hier bei uns aber schon. Klar, dass die Menschen da Lösungen erwarten. Aber das Thema ist leider viel zu komplex, als dass es mit der Forderung nach einer Obergrenze erledigt werden könnte.“

Natürlich macht der OB keinen Hehl daraus, dass in der öffentlichen Wahrnehmung beide Themen eng miteinander verknüpft sind: „Unsere städtischen Möglichkeiten zur Integration von Flüchtlingen als auch von Zuwanderern sind endlich. Das spüren wir zurzeit sehr deutlich vor Ort. Auch der Stärkste geht in die Knie, wenn man ihm zu viel auf die Schultern packt.“ Die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Bundesrepublik sei ungerecht. Insofern würde Frank Baranowski lieber über Verteilungsmechanismen als über die Forderung nach einer Obergrenze reden.

Der Stadtsprecher hat den Familiennachzug im Blick

Stadtsprecher Martin Schulmann blickt in die Zukunft: „Wir bekommen noch den Familiennachzug – und wir sind sowieso schon knapp. Die Integrationsfähigkeit einer Stadt hat auch Grenzen. Die haben wir bald erreicht.“ Er verweist auf das bereits Geleistete, erwähnt die Probleme bei der Bildung („Die Schulen sind voll.“) und erinnert an Lehrer, die teils gegen ihren Willen nach Gelsenkirchen versetzt wurden, um die Situation in den Griff zu bekommen.

„Ein Schritt in die richtige Richtung – und da hat Kufen Recht – wäre es, wenn Kommunen wie Essen und Gelsenkirchen mehr Unterstützung von Bund und Land bekämen“, so Frank Baranowski. Thomas Kufen hatte der WAZ in Essen gesagt: „Wir erbringen hier eine Integrationsleistung für ganz Deutschland, und ich merke noch keine ausreichende Rückendeckung von Bund und Land.“

Quelle: WAZ Gelsenkirchen 07.10.2017

„Das ist kein Widerspruch.“

OB warnt vor Vermischungen der Themen Flucht und Zuwanderung und verneint Diskrepanz zwischen Ablehnung der Obergrenze und erreichter Leistungsfähigkeit.

Die Debatte um eine Obergrenze, wie sie in der vergangenen Woche auch Essens OB Thomas Kufen gefordert hatte, reißt nicht ab. Auch unter den WAZ-Lesern wird diskutiert. In der Haltung von Oberbürgermeister Frank Baranowski, der bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Zuwanderern einerseits die Leistungsgrenze der Stadt erreicht sieht, andererseits die Obergrenze ablehnt, sieht mancher einen Widerspruch. Steffen Gaux hat Frank Baranowski gefragt.

Herr Baranowski, erklären Sie uns und den Lesern den Widerspruch. Ist es überhaupt einer?

Frank Baranowski: Das ist kein Widerspruch! Im Gegenteil. Eine Obergrenze würde keines unserer derzeitigen Probleme lösen. Sie wäre erstens zu langsam, zweitens rechtlich überhaupt nicht abgesichert und drittens nur Augenwischerei in einer sich permanent hochschaukelnden Debatte. Wir sollten zunächst über kurzfristige finanzielle und rechtliche Unterstützungsmöglichkeiten für die Städte im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen sprechen. Wenn das alles funktioniert, müssen wir uns womöglich gar nicht mehr über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit den Kopf zerbrechen. Eine Obergrenze, von der im Übrigen ja auch niemand weiß, wie so etwas aussehen soll, würde vor Ort auch nicht weiterhelfen, wenn nach wie vor die Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen. Und auch zur ungerechten Verteilung der Geflüchteten in Gesamt-Deutschland und in Europa gab es bisher keinen Lösungsvorschlag. Leider werden die beiden Themen Zuwanderung und Flüchtlinge immer wieder in einen Topf geworfen. Das ist falsch. Sie haben bisher nur eins gemeinsam: Die Lösung hat man den Städten überlassen.

Sie hatten jüngst die Freizügigkeit innerhalb der EU angesprochen. Hat eine Kommune wie Gelsenkirchen überhaupt irgendwelche Möglichkeiten, den Zuzug aus Südosteuropa zu begrenzen?

Das ist ja gerade eines der Probleme. Die Oberbürgermeister der Städte, die sich mit einer hohen Zuwanderung aus Süd-

osteuropa konfrontiert sehen, sprechen das Problem offen an – auch mehrfach gegenüber der Bundesregierung. Wir sprechen hier über rund 30 Städte im Bundesgebiet. Das scheint aber leider für die Spitze der Bundesregierung nicht wichtig genug zu sein. Das Thema Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien wurde nicht behandelt. Die Freizügigkeit in der EU wurde nach Medienberichten gar nicht angesprochen. Es ist eine grobe Unterlassung, wenn sich die Spitzen der beiden Parteien nicht über eine finanzielle Unterstützung der von Flüchtlingszuweisungen und Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien betroffenen Städte unterhalten haben.

Mehr als Probleme immer wieder ansprechen können Sie nicht tun?

Nein, Gelsenkirchen kann nicht die europäische Freizügigkeit einschränken. Was wir wie andere Ruhrgebietsstädte machen können, ist, bestimmte Begleiterscheinungen zu verhindern, indem wir kriminelle Geschäftsmodelle so unattraktiv wie möglich machen. Aber auch hier reden wir nicht pauschal von „den Zuwanderern“, sondern von einer kleineren, aber natürlich auffälligen Gruppe von Kriminellen, die kräftig am Elend anderer verdient, und einigen, die sich nicht an Regeln halten. Beides ist nicht akzeptabel. Das ist doch das eigentliche Problem der Leute.

Mein Eindruck ist, dass den Menschen in dieser Stadt der Zuzug aus Südosteuropa mehr Sorgen bereitet als der von Kriegsflüchtlingen. Was kann die Stadt, was können Sie tun, um den Menschen die Ängste zu nehmen?

In der Tat ist es derzeit so, dass – geschürt und angestachelt von interessierter Seite – vieles miteinander vermischt wird. Hier wird auch am deutlichsten, dass so ein Begriff wie Obergrenze nichts anderes als eine Nebelkerze ist, denn eine Obergrenze hat natürlich nichts mit dem Phänomen Zuwanderung zu tun. Mein Eindruck ist, dass es viele gibt, die ein Interesse daran haben, Menschen zu beunruhigen, die Gesellschaft zu spalten. Die Sorgen der Menschen, die dafür instrumentalisiert werden, die sind natürlich absolut ernst zu nehmen. Die Menschen haben hier kein Problem mit fremden Menschen. Das kennen alle seit Jahrzehnten. Die Menschen haben – und das zu Recht – ein Problem damit, wenn Leute sich nicht an die Regeln halten, die ein Zusammenleben ermöglichen, wenn ihr Wohnumfeld verwahrlost, wenn keine Rücksicht genommen wird, wenn ungeniert in zweiter Reihe geparkt wird. Die Durchsetzung von Recht und Ordnung, Beachtung von Regeln und Rücksichtnahme sind keine Themen allein von Zuwanderung. Wir sehen mit Sorgen anhand vielerlei Anzeichen eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz zu Entsolidarisierung, zur Verrohung im öffentlichen Raum. Und wir werden dies nicht zulassen und dulden.

Wie äußert sich das?

Die Menschen in Gelsenkirchen können sich darauf verlassen, dass die Stadt präsent ist, hinsieht und – wo nötig – bestraft. Es ist unsere gemeinsame Stadt. Und wir werden dafür Sorge tragen, dass Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung möglichst überall gewährleistet sind. Das ist es, was die Menschen in Gelsenkirchen zu Recht von ihrer Stadt erwarten können. Und zwar jeder einzelne, vollkommen unabhängig von der Herkunft.

WAZ Gelsenkirchen 11.10.2017



Abschlusskundgebung am 29.06.2017 vor dem Hans-Sachs-Haus der Fachgruppe Grundschulen GEW-Gelsenkirchen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie / euch ganz herzlich zur Abschlusskundgebung der Bildungsgewerkschaft vor unserem Rathaus, dem Hans-Sachs-Haus, der Schaltzentrale für lokale Weichenstellungen. Aber auch als Stelle, die ins Land hinaus zu transportieren vermag.

Wir Grundschullehrkräfte sind heute nicht hier,
- um Lärm zu machen,
sondern
- um in diesem Land ein Zeichen zu setzen!

Mit dem heutigen Tag ist klar:

Grundschulen in Gelsenkirchen gehen auf die Straße, weil es so nicht mehr weiter gehen kann!

- Gelsenkirchen, eine Stadt mit dem höchsten Sozialindex.
- Gelsenkirchen, ein Magnet für viele Menschen, die unter schlechten Bedingungen leben mussten.
- Gelsenkirchen, eine Stadt mit Problemen, die vielfältig und komplex sind.
- Gelsenkirchen, aber auch eine Stadt, die durch Kreativität und Innovationswillen versucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Herausforderungen gerecht zu werden.

Jetzt allerdings erreichen wir einen Punkt, der uns nötigt dieses Zeichen zu setzen:

Durch festgelegte Budgets, die Ruhrgebietskommunen aus eigener Kraft auch nicht mehr wesentlich steigern können, müssen immer mehr Kinder berücksichtigt werden.

Das heißt de facto:

Unseren Kindern steht immer weniger zur Verfügung.

Arbeitsgruppen an unseren Grundschulen haben in intensiver Arbeit die angekündigten Gelder für bleibende Mittel eingeplant. Ein Teil davon sollte der besseren Eingliederung von Schülerinnen und Schülern aus anderen Herkunftsländern dienen.

Längst ist bekannt, dass es für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aus diversen Gründen schwieriger ist, einen guten Schulabschluss zu erarbeiten.

Die Kommunen im Ruhrgebiet stehen jetzt vor dem Dilemma, dass steigenden Schülerzahlen konstante Budgets gegenüberstehen, was die ohnehin schwierige Arbeit an Schulen weiter beeinträchtigt!

... und ein Ende der steigenden Schülerzahlen ist nicht in Sicht!

Meine Lieben Kolleginnen und Kollegen,
lasst mich auch sagen:

Ohne das finanzielle Engagement der Grundschullehrkräfte sähe es in unseren Schulen noch schlechter aus!

Jetzt schlägt`s 13!

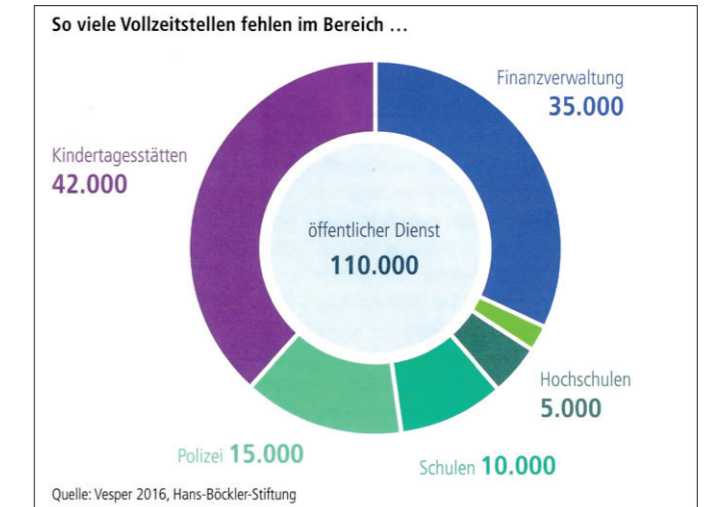


Ohne Moos Kinder chancenlos!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,
liebe Eltern,
liebe Schülerinnen und Schüler!

Es ist eine Schande, dass wir hier heute stehen müssen, um auf verschiedene Missstände aufmerksam zu machen. Es ist eine Schande, dass unsere Stadt Gelsenkirchen mit den knapp zur Verfügung stehenden Mitteln immer mehr Kinder versorgen muss!

Zahlen, Daten, Fakten



Erhebliche personelle Mehrbedarfe

Derzeit hat der öffentliche Dienst in Deutschland einen Mehrbedarf von mindestens 110.000 Vollzeitstellen. Das ermittelte Dieter Vesper in seiner neuen Studie "Aktuelle Entwicklungstendenzen und zukünftiger Personalbedarf im öffentlichen Dienst" für das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Zwar sei parallel zur Verbesserung der Haushaltslage in jüngerer Zeit eine Trendwende bei der Personalausstattung zu verzeichnen, diese reiche aber längst nicht aus. Mittelfristig sind dafür laut Vesper Mehrausgaben in Höhe von jährlich 6 Milliarden Euro zu verschlagen.

Quelle: magazin für beamtinnen und beamte 2016

"Dass du Lohn bekommst, obwohl du krank bist, du dich in Deutschland mindestens 20 Tage im Jahr auf Betriebskosten erholen kannst und am Wochenende Zeit mit der Familie statt am Fließband verbringst, hast du den Gewerkschaften zu verdanken"



Die Autorin Katharina Wiegmann zeigt auf perspective-daily.de, warum gerade junge Menschen sofort in eine Gewerkschaft eintreten sollten.

Quelle: Einblick 8/17

Es ist eine Schande für dieses Land, Lehrkräfte, Beschäftigte, Schülerinnen und Schüler an Schulen in dieser Stadt, im Regen stehen zu lassen und die notwendigen Ressourcen vorzuenthalten.

Es ist eine Schande für diese Republik, eine Region der kulturellen Vielfalt mit all ihren Herausforderungen nicht genügend zu unterstützen. (Hinweis auf den Gipfel in Berlin)

Es ist eine Schande und ein Schlag ins Gesicht unserer jungen Generation egal welcher Herkunft eine solide und nachhaltige Bildungsfinanzierung vorzuenthalten, die erforderlich wäre, um zukünftige Probleme zu minimieren und unseren Kindern, Schülerinnen und Schülern und damit unserer Gesellschaft eine gute Zukunftsperspektive zu bieten.

Ich glaube, dass ich vielen aus dem Herzen spreche, wenn ich den Verantwortlichen in dieser Stadt und in diesem Land zurufe: „So geht es nicht!“

Die Bildungsgewerkschaft in Gelsenkirchen hat über viele Jahre auf den drohenden Kollaps hingewiesen und fordert weiterhin:

1. gutausgestattete Räumlichkeiten (Gute Schule 2020 fortführen)
2. mehr Personal, damit auch wieder regelmäßig Unterricht stattfinden kann,
3. verbesserte Rahmenbedingungen, damit Kinder z.B. in kleineren Lerngruppen besser lernen können.

Hier sei angemerkt, dass das Ansinnen der Politik mit der kommunalen Klassenrichtzahl kleinere Klassen mit ca. 22 Kindern hinzubekommen für viele Grundschulen gescheitert ist.

Gelsenkirchen ist eine Stadt, die anpackt.

Wir sind Teil einer Region, die schon seit ca. 150 Jahren ein erfolgreicher Integrationsmotor ist.

Diesem Motor soll jetzt nicht der Treibstoff ausgehen!

Wir (Grundschullehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler) erwarten deshalb einen Masterplan, der die Zukunft unserer Kinder und somit dieser Region in allen Bereichen sicherstellt!

Danke, dass wir hier heute dieses Zeichen gemeinsam gesetzt haben!

Ich verabschiede uns alle mit einem herzlichen Glück auf und erkläre diese Kundgebung für offiziell beendet!



Foto: Winnen
Helga Wilde und Lothar Jacksteit

Trojanisches Pferd "Digitale Bildung".

Auf dem Weg zur Konditionierungs- anstalt in einer Schule ohne Lehrer ?

Ein Vortrag im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der GEW Böblingen am 21.06.2017 zu den Bestrebungen von Google, Apple, Microsoft, Bertelsmann und der Telekom, die Bildung in die Hand zu bekommen. Und warum fast keiner diese Unterwanderung bemerkt.

Peter Hensinger (Vorstand Diagnose-Funk Deutschland) führte zu dem Thema aus:

Das Digitalfever hat nun auch die Schulen erfasst. Die deutsche Regierung plant, Schulbücher durch Smartphones, TabletPCs und WLAN zu ersetzen. Das Konzept "Digitale Bildung" kommt von der Industrie, nicht aus der Erziehungswissenschaft. Im Zwischenbericht der Plattform „Digitalisierung in Bildung und Wissenschaft“ steht, wer das Bundeswissenschaftsministerium berät – nämlich Akteure der IT-Wirtschaft. Nicht vertreten dagegen sind Kinderärzte, Pädagogen, Lernpsychologen oder Neurowissenschaftler, die sich mit den Folgen der Nutzung von Bildschirmmedien bei Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Die New York Times schlägt in einer Analyse Alarm: "How Google Took Over the Classroom" (13.05.2017). Mit ausgeklügelten Methoden, den Hype um digitale Medien nutzend, greift Google nach der Kontrolle des US-Bildungswesens, auch der Kontrolle über die Inhalte. Deutsche Erziehungswissenschaftler nennen das einen Irrweg und haben dagegen das "Bündnis für humane Bildung" (www.aufwachsen.de) gegründet. Ihre Kritik wird in dem Vortrag umfassend dargelegt.

Der komplette Vortrag kann gelesen werden unter:
<https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1210>

Veranstaltungshinweis

Vortrag mit Peter Hensinger

18. April 2018 18.00 Uhr

DGB-Haus der Jugend,
Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen

LOGINEO NRW kommt!

Das Land NRW beabsichtigt ab dem Schuljahr 2017/18 LOGINEO NRW für das gesamte Schulpersonal bereitzustellen.

Was ist LOGINEO NRW?

LOGINEO NRW bietet eine Arbeitsplattform zur schulischen Kommunikation und ist an den schulinternen Geräten nutzbar. Nutzer verfügen über:

- einen dienstlichen/schulischen E-Mail-Account
- zentrale Ablageorte für Unterrichtsmaterialien und Dokument

- eine große Auswahl an Lernmitteln
- einen direkten Zugriff auf das landeseigene Angebot an Fortbildungsmaterialien und -veranstaltungen
- einen geschützten Bereich für sensible Dokumente

Nutzer können auch ihre eigenen Geräte (PC, Smartphone, Tablet) benutzen. Hierfür schließen sie eine Verpflichtungserklärung und bekommen daraufhin die Genehmigung der Schulleitung, ihre Geräte zu nutzen.

Die GEW warnt ausdrücklich davor eigene Geräte zu nutzen, weil im digitalen Zeitalter keiner die Sicherheit in Punkto Datenschutz gewährleisten kann. Daher sollte niemand in diesem Zusammenhang eine Unterschrift leisten. Mit der Unterschrift würde auch dem Datenschutzbeauftragten und der Schulleitung gestattet werden, Einblick in die privaten Endgeräte zu nehmen.

Für wen ist LOGINEO NRW?

LOGINEO NRW ist für Schulpersonal und Schüler geplant. Das Land trägt die Kosten für den Account des Schulpersonals. Für die Schüleraccounts schließt der Schulträger eine Kooperationsvereinbarung, unter anderem zur Kostenübernahme.

Will ich mit LOGINEO NRW arbeiten?

Zur Vorbereitung der Entscheidung ob eine Schule mit LOGINEO NRW arbeiten will, bietet LOGINEO NRW eine Checkliste mit den Punkten:

- Information/Beratung
- Vorbereitung/Konzeptionierung
- Beschlussfassung/Beratung
- Bereitstellung/Start

Unabhängig von der Entscheidung der Lehrer- und der Schulkonferenz steht es jeder Lehrkraft frei zu entscheiden, ob sie LOGINEO NRW nutzen will. Eine Nutzungsentscheidung kann jederzeit rückgängig gemacht werden.

Eine Dienstvereinbarung zur Einführung, Nutzung und Weiterentwicklung von LOGINEO NRW in Schule wurde von den Hauptpersonalräten (mit Ausnahme des HP für Realschulen) geschlossen.

LOGINEO NRW ist zu finden unter:
www.logineo.nrw.de oder www.gew-nrw.de/digitalisierung.html

Zum Thema „Erreichbarkeit nach Dienst“
siehe GEW 163 extra, S.4

Martina Albrechtsen

23. Oktober 2017

Schulministerium setzt Einführung von LOGINEO NRW aus

Das Schulministerium hat die für das aktuelle Schuljahr vorgesehene Einführung der Arbeits- und Kommunikationsplattform LOGINEO NRW vorerst ausgesetzt.

Grund sind ungelöste technische Probleme, die dazu geführt haben, dass die Medienberatung NRW die Plattform von LOGINEO NRW nach sorgfältiger Prüfung nicht abgenommen hat.

Änderungen bei der Pflegeversicherung seit 1.1.2017

Seit dem 1.1.2017 gelten bei der gesetzlichen Pflegeversicherung ganz neue Regeln für die Begutachtung und Einstufung von Pflegebedürftigen. Künftig wird der Grad der Selbstständigkeit bewertet. Dabei geistig und psychische Beeinträchtigungen gleichwertig berücksichtigt, während es bislang vor allem um körperliche Probleme ging. Statt der bisherigen drei Pflegestufen gibt es demnächst **fünf Pflegegrade**. Ganz neu ist **Pflegegrad 1**: Dies sind Personen mit geringen Einschränkungen der Selbstständigkeit, mit mäßigen, rein motorischen Einschränkungen etwa aufgrund der Wirbelsäulen-, Gelenkerkrankungen oder mit einer Restlähmung nach Schlaganfall. Diese werden nun erstmal Anspruch vor allem auf präventive Leistungen der Pflegeversicherung haben.

Rund 2,8 Millionen Menschen sind heute bereits pflegebedürftig. Müssen diese sich auf eine neue Begutachtung einstellen?

Nein. Niemand, der heute bereits pflegebedürftig ist, muss sich um eine neue Begutachtung bemühen, die Überleitung ins neue Recht geschieht automatisch nach einfachen Rechenregeln. Besonders vorteilhaft ist die Neuerung für verwirrte bzw. demenzkranke Menschen. Das Gesetz spricht derzeit noch von "Einschränkung der Alltagskompetenz" (EA). Für davon betroffene Pflegebedürftige gibt es 2017 einen Sprung um zwei Stufen: Aus der derzeitigen Pflegestufe 0 wird der Pflegegrad 2. Aus Pflegestufe I wird bei gleichzeitiger EA der Pflegegrad 3.

Bei Pflegebedürftigen ohne Einschränkungen der Alltagskompetenz gilt nur der Sprung um eine Stufe. So wird etwa aus Pflegestufe II der Pflegegrad 3, aus Pflegestufe III wird Pflegegrad 4.



Was bedeutet das für die Leistungen der Pflegeversicherung?

Diese werden oft deutlich höher. Das gilt besonders in der bisherigen Pflegestufe 0. Als Pflegegeld erhalten die Betroffenen ab 2017 monatlich € 316,- statt bisher €123,-.

Alternativ dazu können auch Leistungen eines Pflegedienstes im Wert von € 689,- monatlich abgerufen werden. Derzeit gibt es dafür bei der Stufe 0 nur 231,-. Nach wie vor kann man die beiden Leistungen aber auch kombinieren.

Es gibt allerdings einige Fälle, in denen den 2016 bereits Pflegebedürftigen nach dem Stufensprung zum Jahreswechsel "eigentlich" weniger Leistungen zustünden als bisher. Doch dann greift ein Bestandschutz: Wer 2016 bereits als Pflegebedürftig anerkannt ist, wird durch die Reform also keinesfalls schlechter gestellt.

Was ändert sich 2017 für pflegende Angehörige?

Einiges. So haben demnächst weit mehr Angehörige als bisher - soweit es sich um Arbeitnehmer handelt - Anspruch auf ein bis zu sechsmonatige Pflegezeit (wahlweise als Auszeit oder in Teilzeit) und auf eine bis zu 24-monatige Familienpflegezeit (nur Teilzeit). Bisher muss der Pflegebedürftige mindestens in Pflegerstufe I eingruppiert sein, damit Angehörige die genannten Erleichterungen bzw. Auszeiten zustehen. Ab dem 1.1.2017 gelten die skizzierten Ansprüche dagegen für Angehörige von Pflegebedürftigen an Pflegegrad 1, also auch für Verwandte von Personen, die derzeit Pflegestufe 0 haben.

Karl-Keinz Mrosek



Renten: Arm im Alter

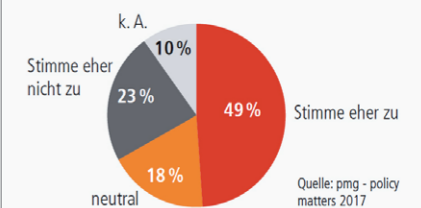
Rentenhöhe für verschiedene Berufsgruppen bei einem geplanten Rentenniveau von 42 Prozent im Jahr 2045 (in Euro)

GebäudereinigerIn (West/39/1656 Euro)*	520
Koch/Köchin (Berlin/39 Stunden/1943 Euro)	659
ErzieherIn (Ost/38 Stunden/2344 Euro)	795

* Tarifgebiet/Wochenarbeitszeit/durchschnittlicher Bruttomonatslohn
Quelle: DGB-Broschüre 2017

Jede/r Zweite fühlt sich benachteiligt

Antworten auf die Frage „Für Leute wie mich tut die Politik weniger als für andere Gruppen in der Bevölkerung“ (in Prozent)



Goldene Zeiten

Vergütung von Vorstandsvorsitzenden 2016 (in tausend Euro)

Bill McDermott (SAP)	13.773
Matthias Müller (VW)	9.615
Dieter Zetsche (Daimler)	7.716
Harald Krüger (BMW)	7.628
Bernd Scheffel (Heidelberg Cement)	7.244

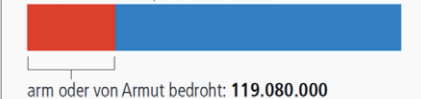
Quelle: Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz 2017



Armes Europa

BürgerInnen in Europa (EU28), die arm oder von Armut bedroht sind

Einwohner in Europa: 508.504.320



Quelle: Eurostat 2017

Impressum

Herausgeber:

GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

Redaktion: GEW-Fachgruppe
GS Verantwortlich i.S.d.P. Lothar Jacksteit

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Layout: Christine Steinchen
Auflage: 4000 Exemplare

Der Sozialindex für Hamburger Schulen

Schulscharfer Sozialindex – was ist das?

Seit 1996 gibt es in Hamburg einen Sozialindex für Grundschulen und Schulen mit Sekundarstufe I. Er beschreibt die sozialen Rahmenbedingungen an Schulen und erlaubt eine Einschätzung der sozialen Belastung einer Schule. Es erfolgt eine Zuordnung der Schulen in sechs Belastungsgruppen. Hamburg aktualisierte ihn 2013.

Welche Ziele hat der Sozialindex?

- Ausgleich von Bildungsbenachteiligung durch ungleiche Ausstattung von Schulen (zielgenauere Ressourcenausstattung statt „Gießkannenprinzip“)
- Positiver Beitrag zu einer höheren Bildungsgerechtigkeit
- Erkenntnisgewinn über die Heterogenität zwischen Schulen“ (siehe: Dr. Martina Diedrich: Der Sozialindex für Hamburger Schulen, AfB Nordrhein-Westfalen, 20.02.2016, S.7)

Kriterien für die Ermittlung des Sozialindex sind vier Aspekte

- soziales Kapital (Eltern sind stolz auf ihr Kind, Eltern loben ihr Kind, Kind verbringt Freizeit mit Klassenkameraden)
- kulturelles Kapital (Anzahl der Bücher zu Hause, Häufigkeit von Museumsbesuchen, Bildungsabschlüsse der Eltern)
- ökonomisches Kapital (Einkommen, eigenes Zimmer für das Kind, Arbeitslosigkeit)
- Migrationshintergrund (Geburtsland von Mutter und Vater, Sprachhäufigkeit Deutsch mit Mutter, Vater, Geschwistern)

Die Daten werden zum einen durch Eltern- und Schülerfragebögen ermittelt, zum anderen durch den Abgleich mit statistischen Daten der Stadt.

Studie IQB-Bildungstrends oder „Vom Wiegen wird die Sau nicht schwerer“

Ein Aufschrei geht durch die Landesregierung, denn die Schüler der 4. Klassen in NRW belegen in Mathematik und Deutsch den drittletzten Platz. Dies hat der Bundesländervergleich der Studie IQB-Bildungstrends, die im Auftrag der Kultusministerkonferenz durchgeführt wurde ergeben. Wen wundert dieses Ergebnis! Wenn nicht nur jahre-, sondern jahrzehntelang Mahnungen, Forderungen und Resolutionen der Personalversammlungen und Gewerkschaften ebenso wie die Ergebnisse der letzten Studie von 2011 in den Schubladen verschwanden und eine Landesregierung nach der anderen die aufgezeigten Probleme ausgesessen hat.

Es bleibt abzuwarten wie die derzeitige Landesregierung mit den Ergebnissen der Studie umgeht, wenn die erste Aufregung und der erste Aktionismus sich gelegt haben. Was nützt

Konsequenzen aus den ermittelten Daten:

- Bildung kleiner Klassen (https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Klassenbildung_2016.pdf)
- allgemeine Sprachförderung
- Sekretariatskapazitäten

Die Einführung eines schulscharfen Sozialindex wird auch von der GEW NRW in ihrem **Programm für einen Sozialindex und mehr Bildungsgerechtigkeit, gefordert.**

Auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in NRW gibt es bereits einen Sozialindex, jedoch führte die Zuweisung von Stellenkontingenten nicht zu dem erwünschten Erfolg. Reale Bedarfe der Schulen werden auf dieser Ebene nicht ermittelt. Erst durch die schulscharfe Zuweisung von Ressourcen regierungsbezirks- oder sogar landesweit ist ein Ausgleich zugunsten der Bildungsgerechtigkeit möglich.

Der Stadtverband Gelsenkirchen lädt deshalb Referentin Prof. Dr. Gabriele Bellenberg zur Jahreshauptversammlung am 02.02.2018 ein. Sie wird zu dem Thema: **Schulscharfer Sozialindex - Ungleiches ungleich behandeln, referieren.**

Quellen: <http://www.hamburg.de/contentblob/8138174/e7e449c3977478c175d04c3e52177aa6/data/pdf-gesamtdokument-2016-17.pdf>
<http://www.hamburg.de/schuljahr-in-zahlen/4662032/lehrer-klassengroessen/>
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Klassenbildung_2016.pdf
https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user_upload/Kampagne_Bildung-weiter-denken/GEW-NRW-Programm-Sozialindex-Bildungsgerechtigkeit-Ungleiches-ungleich-behandeln.pdf

Dr. Martina Diedrich: Der Sozialindex für Hamburger Schulen, AfB Nordrhein-Westfalen, 20.02.2016

Martina Albrechtsen

die Feststellung eines Notstandes, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, um ihn zu beseitigen?

Der Ländervergleich 2011/2016 dokumentiert, dass Hamburg im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern 2016 bessere Ergebnisse erzielt hat als 2011. Ob dieses Ergebnis dem schulscharfen Sozialindex geschuldet ist bleibt zu vermuten.

Quelle: <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2016/Bericht>



Institut zur Qualitätsentwicklung
im Bildungswesen

Martina Albrechtsen

Gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrkräfte. GEW-Gelsenkirchen bei Aktionen in Düsseldorf 21.11.2017 und Münster 23.11.2017



GEW Nr.1 im Sept. 1977 UNgEreimTHEitEn



„1966 hatte ein Lehrer im Durchschnitt noch 31,7 Schüler zu unterrichten, 1976 nur noch 23,62“ – stand zu lesen in der WAZ vom 19.8.1977.

Pädagogen und Eltern staunen. Endlich werden die Bedingungen in der Schule erträglicher. Mit 24 Kindern lässt sich schon arbeiten. Verwunderlich nur, dass in fast jeder Klasse, die man betritt, zwischen 30 und 40 Kinder sitzen.

Also Zeitungsente? – Nein, bewahre!

Nur falsch verstanden. Oder auch: schlechte Ware gut verpackt!

Man nehme die Schüler-Lehrer-Relation als Grundlage und formuliere so geschickt, dass der Leser leicht „Klassenfrequenz“ assoziieren kann und schon entsteht in der Öffentlichkeit ein glänzendes Bild von einer beschissenen Situation.

Die fetten Überschriften gibt ebenso zu Hoffnungen Anlass: „Mehr Lehrer – weniger Kinder.“

Nur leider: wenige Kinder weniger und viel weniger Lehrer mehr.

Und die Herren im Kultusministerium zerbrechen sich den Kopf, wie sie die „Lehrerschwemme“ durch halbe und drei-

viertel Lehrer eindämmen können.

Kurz vor den Sommerferien noch war in der SZ zu lesen, dass eine von Bildungsminister Rohde eingesetzte Kommission den Schulstress erforscht hat.

Die Wissenschaftler sind zu umwerfenden Ergebnissen gelangt (zu denen aber die meisten Lehrer längst durch ihre Schulpraxis gelangt sind):

„Die Senkung der Klassengrößen auf maximal 20 Kinder pro Klasse (wird) übereinstimmend als besonders dringend hervorgehoben.“

Außerdem sei der Selektionszwang und der Konkurrenzdruck unerträglich, die Arbeitszeiten für sie Schüler zu lang, die Arbeitsplätze unzulänglich. Also alles Probleme, die schnellstens angepackt werden müssen.

Aber obwohl man dies in den Ministerien weiß, werden die jungen Kollegen mit geringerer Stundenzahl oder – drohender Perspektive – überhaupt nicht eingestellt.

Abiturienten werden vor dem Lehrstudium gewarnt, Referendare kürzt man kurzerhand die Bezüge, um auch die Ausbildung noch möglichst unattraktiv zu machen.

Wider besseres Wissen wird also im Bildungsbereich eine restriktive Politik betrieben und dann auch noch die Situation beschönigt.

Als Begründung muss dann immer der Hinweis auf die Finanzen herhalten. Für staatliche Investitionsbeihilfen in Milliardenhöhe an die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen sollen leider aber meist wegrationalisieren, sind jedoch immer Mittel vorhanden.

In solch einer Situation hilft bellens nichts mehr - es muss gebissen werden!

Klaus Seiler

Predigt des Industriepfarrers, Dieter Heisig, am 1. Mai, anlässlich der Maidemonstration vor dem Musiktheater"



1. Mai „Tag der Arbeit“.
Ökumenischer Gottes-
dienst am 1.5.2017 zum
Start der Maidemonst-
ration vor dem
Musiktheater.
Predigt von
Pastor Dieter Heisig:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,

Ihr alle hier auf dem Platz habt eine Entscheidung getroffen: gegen das lange Ausschlafen, gegen den Maiausflug – und für das Flagge zeigen, für die Demonstration. Wahrscheinlich ja nicht, weil Ihr Euch nichts anderes vorstellen könnt, sondern offensichtlich, weil Ihr der Überzeugung seid, dass es notwendig ist. Dass es wichtig ist, für die Belange derer einzustehen, die immer wieder benachteiligt werden oder die gar gänzlich unter die Räder zu kommen drohen. Wir haben es soeben gehört: da sind die Kinder im östlichen Afrika, die in den Armen ihrer Mütter verhungern; da sind die Menschen, deren Heimat auf Grund der Erderwärmung absäuft oder auch verdorrt; da sind die Geflohenen, die, zumindest die, die noch nicht im Meer ersoffen sind – sie sind unter uns; da sind die Gestrandeten, die an unseren Bahnhöfen leben; und die, für die nur so viel Geld aufgebracht wird, dass sie zwar nicht verhungern, aber dass sie nicht auskömmlich davon leben können – oft selbst dann nicht, wenn sie arbeiten. Und schließlich: da sind die, die an den Anforderungen zerbrechen, die krank werden, die unsere Regeln nicht mehr beachten, die ihr Leben nur noch im Suff ertragen können oder die es auch selbst beenden.

Wie wir mit denen umgehen – daran entscheidet sich unser Leben. So jedenfalls die Bibel. Denn mit jedem Menschen, dem es dreckig geht, geht es Christus dreckig.

Und das heißt für Christinnen und Christen: am Umgang mit den Schwächeren, mit den Ausgebeuteten, mit den Gestrauchelten entscheidet sich, ob wir wirklich Gottesdienst feiern.

Und das bringt uns heute morgen auch mit den Menschen zusammen, denen mit guten anderen Gründen es wichtig ist, den Kampf gegen ungerechte ökonomische Verhältnisse zu

führen; die einstehen gegen die Fratze des Rassismus und eines wieder Urständ feiernden Nationalismus.

Und da ist es gut, wenn der DGB das Motto gewählt hat: Wir sind viele, wir sind eins.

Denn manchmal könnte man ja in diesen Zeiten den Eindruck gewinnen, die Wölfe im Schafspelz seien schon an vielen Orten in der Mehrzahl – also die, die sich Patrioten nennen, die aber in Wahrheit nur der tödlichen Nazi Ideologie zur Auferstehung verhelfen wollen; und die, die von Freihandel reden, aber in der Realität damit nur die ökonomischen Vorteile zementieren wollen; und vor allem sind da die, die uns weis machen wollen, dass es zu einem Kapitalismus mit möglichst wenig Regeln, mit angeblich gleichen Chancen für alle und mit dem Konkurrenzprinzip als Allheilmittel - dass es dazu keine Alternativen geben könne. Als seien all diese Dinge Naturgesetze.

Dagegen hilft tatsächlich das DGB Motto dieses Jahres:

„Wir sind viele – wir sind eins“

Es kommt tatsächlich auf jeden, auf jede von uns an: auf Dich, und Dich, auf Sie, auf mich, auf uns alle.

Und dennoch: viele allein reicht ja auch noch nicht – obwohl es notwendig ist, mit möglichst vielen zu streiten.

Denn dieses „Wir sind eins“ – das ist das Entscheidende. Denn letztlich ist es das, was hilft.

Denn Nationalisten leben davon, dass es nicht einfach Menschen gibt, sondern angeblich Deutsche und andere; Rassisten leben davon, dass nicht alle Menschen als Ebenbilder Gottes mit gleichen Rechten existieren, sondern dass es angeblich schlecht sei, wenn hier Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe miteinander leben; und reiche Menschen sichern ihren Reichtum damit, dass sie eben nicht gerecht teilen, sondern angeblich Arme selbst an ihrer Situation Schuld seien oder faul oder zu doof oder was auch immer:

Jedenfalls: teile und herrsche und spiele einen gegen den anderen aus – so werden ungerechte Verhältnisse zementiert und für normal erklärt.

Ich bin mir sicher: bis dahin sind wir eins.

Aber wie geht es denn anders? Was ist der Schlüssel zu gerechteren Verhältnissen? Zu einer anderen Gesellschaft, in der es nicht mehr so viel Verhungerte gibt, nicht mehr Flüchtende, Ausgebeutete und Gestrandete?

Dazu brauchen wir mehr als nur ein paar Reformen; mehr als Suppenküchen und Tarifsteigerungen; mehr als nur ein Einwanderungsgesetz.

Ich weiß nicht, ob wir da auch noch alle eins sind – aber ich bin davon überzeugt: wenn wir wirklich eins sein wollen – dann müssen wir die heilige Kuh der Konkurrenz schlachten. Diese hemmungslose Konkurrenz, die inzwischen vor nichts und niemandem mehr Halt macht.

Wenn ein junger Mensch sich in digitalen Bewerbungsverfahren der globalen Konkurrenz aus aller Herren Länder aussetzen muss; wer spürt da noch etwas von: Wir sind eins

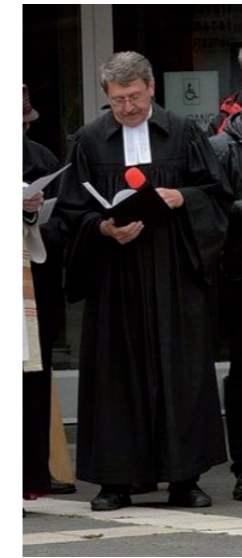
Wenn ein erkrankter Mensch nicht mehr dem Druck Stand halten kann und er sich nicht die 1. Klasse Medizin erlauben

kann oder gar überhaupt ohne eine Sicherung da steht: wie mag jemand in der Lage den Satz: „Wir sind eins“ hören?

Oder wenn eine Belegschaft alles gibt – es aber dann doch heißt: ja, leider konnten wir nicht mehr konkurrieren – deshalb machen wir dicht.

Und auch wenn uns immer wieder erzählt wird: das ist eben so – der Mensch braucht das – wir sind alle so gestrickt Es bleibt dabei: Konkurrenz ist das Gesetz des Dschungels – aber Solidarität das der Menschen. Erst die Geschwisterlichkeit, die Solidarität macht uns zu Menschen.

Sonst sind wir eben nicht eins. Denn eins sein kann ich nicht mit dem, der mich schlägt, mit der, über die ich zu siegen habe. Ob im Beruf, im gesellschaftlichen Ansehen, oder auch im eigenen Selbstverständnis: viele mögen wir dann zwar sein – aber eins mit denen, die mich kaputt konkurrieren?



Wozu soll das Ganze also gut sein? Das Märchen, dass, wenn jeder oder jede alles gibt – dass es dann uns allen gut geht – das glaubt doch niemand mehr.

Denn Konkurrenz als Schlüsselprinzip erzeugt Opfer. Fragt mal nach bei Opelanern – fragt mal die IT Kollegin, die leider teurer war als ihre Kollegin in Malaysia und die deshalb inzwischen in psychiatrischer Behandlung ist. Fragt den Rentner, dem nach seinem Arbeitsleben nicht mehr deutlich ist, wofür er eigentlich so lange im Hamsterrad malocht hat- und laßt endlich, endlich die Frage zu: wozu das Ganze? Warum arbeiten wir? Was ist der Sinn dieser ganzen Veranstaltung?

Dass wir wie der Esel laufend eine Karre ziehen sollen, an dessen Spitze eine Möhre hängt, die gutes Leben verheißt – die wir aber dummerweise nie erreichen – weil immer wieder andere besser, schneller, billiger sind?

Nein, es sollte nicht so sein, dass einige wenige auf dem Karren sitzen und die Möhren vor die Nase halten, während andere ziehen sollen, bis sie kaputt sind.

Nein, lasst uns die Möhren und die Häuser, die Autos und das Brot gemeinsam erzeugen und genießen – lasst uns arbeiten und wirtschaften, damit die Früchte davon alle genießen können.

Der Weg dahin wird nicht einfach sein, weil Menschen, die auf Konkurrenz geeicht werden eben nicht so schnell solidarisch sein werden. Es wird dauern, weil das nicht von heute auf morgen geht, wenn es realistisch sein soll.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, mal ehrlich – auch wenn vieles davon heute noch als Vision erscheint: wer sollte denn wohl eher zum Arzt gehen: der, der Visionen hat – oder der, der keine hat – dafür aber eine Realität von konkurrierenden Nationen, die sich schon wieder an einen Atomkrieg heranrobben? Wer braucht eher die ärztliche Hilfe – die, die gerne ihre Arbeit tut oder die, deren Psyche inzwischen völlig vor dem ständigen Druck kapituliert hat?

Ich finde, die Antwort ist klar. Und deshalb wollen wir mit unserer Vision nicht zum Arzt gehen, sondern zum Beispiel gleich zur Mai Demo.

Oder wollen wir uns lieber den Spiegel vorhalten lassen: hast Du nicht die Verhungerten gesehen? Habt Ihr nicht die Flüchtenden bemerkt? Waren Euch die Zurückgelassenen scheinbar egal?

Die Opfer grenzenloser, alles bestimmender Konkurrenz – auch das sind viele und nicht wenige auch unter uns.

Für das Gegenmodell der Solidarität standen und stehen wir als Kolleginnen und Kollegen – denn nur deshalb gibt es ja unsere Gewerkschaften –

Für das Gegenmodell der Geschwisterlichkeit standen und stehen wir als Christinnen und Christen – denn dazu will uns Gott durch die Botschaft Jesu Christi bewegen –

Für das Gegenmodell der Wirtschaft, die allen Menschen dient – dafür stehen wir hier heute auf dem Platz –

Denn:

Wir sind viele – wir sind eins!

Amen!



Im Bild: Lothar Jacksteit und OB Frank Baranowski

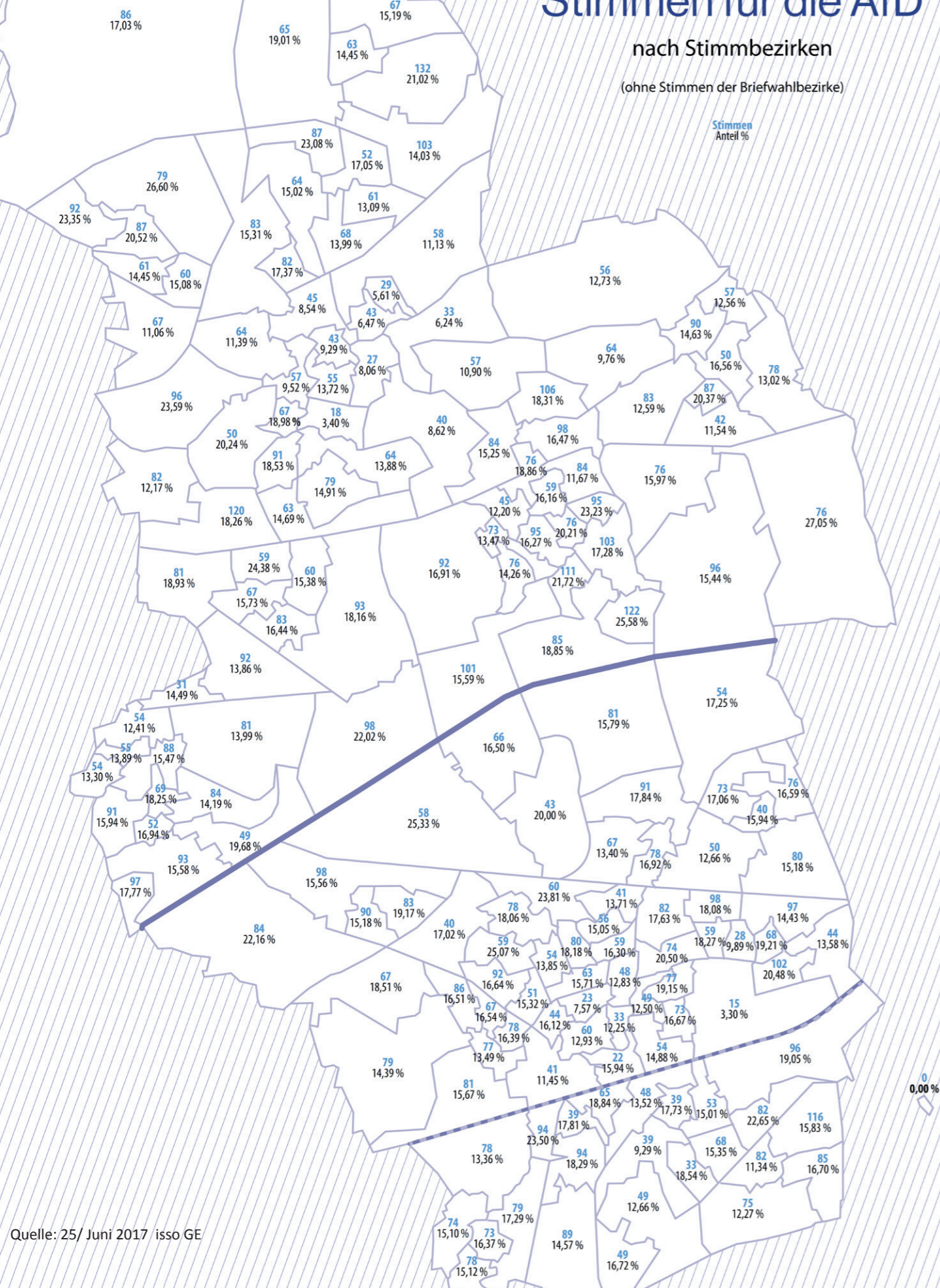
**1. Mai 2018
Herzliche Einladung
zur Kundgebung
am Musiktheater Gelsenkirchen**

NRW-Landtagswahl 2017

Stimmen für die AfD

nach Stimmbezirken

(ohne Stimmen der Briefwahlbezirke)



Braune Hochburg Gelsenkirchen?

Ein Blick auf die Zweitstimmen, oder: Warum man Zahlen auch interpretieren sollte

14.739 Gelsenkirchener Wählerinnen und Wähler (14%) haben ihre Zweitstimme der AfD gegeben, und in den Wahlgebieten Nord (12,6%), Süd (14,9%), West (15,5), Ost (15,1%) und Mitte (15,3%) unterscheiden sie sich nicht eklatant. Damit hat die Partei nach der SPD (38%) und der CDU (23%) die meisten Stimmen eingefahren. Schnell und gerne fanden sich die Medien am Tag nach der Auszählung in Gelsenkirchen ein, um zu ergründen, warum hier die AfD einen solchen Zuspruch hat.

„Die Arbeitslosen- und AfD-Hochburg Gelsenkirchen am Tag nach der NRW-Wahl“, titelte der Focus am 15. Mai. Braunes GE? Natürlich nicht. Schließlich wurden die rechten Parteien NPD, die REP und Die Rechte zusammen von 0,7% der Gelsenkirchener gewählt.

Vielmehr offenbart das hohe Abschneiden der AfD, dass einiges falsch läuft. Hier in NRW, hier in der Stadt, hier in einigen Stadtteilen. Doch sind nicht alle Probleme hausgemacht. Gelsenkirchen ächzt unter der hohen Arbeitslosigkeit, der durch die EU durchgesetzten EU-Ost-Erweiterung mitsamt der am Ideologie-Reißbrett erdachten Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Verteilung, Verwaltung und Integration der Flüchtlinge.

Demokratie zeichnet sich aus durch die freie und geheime Wahl, die Bürgerinnen und Bürger in einer pluralen Parteienlandschaft haben. Man sucht sich die Partei aus, deren Positionen den eigenen nahe kommen, selten decken sich diese mit ganzen Parteiprogrammen. Wer einmal den Wahl-O-maten ausprobiert hat, kennt sicher das teilweise verstörende Ergebnis. So hatte man sich mit seinem politischen Selbstbild vielleicht nicht verortet. Aber einfach ist Politik eben nicht. Sichere Koordinaten haben sich in den letzten Jahren verschoben, manch einer hat gar seine sichere Bank, seine politische Hei-

mat verloren, geht er doch nicht konform mit der Parteilinie.

Doch ist derzeit kein Platz für Differenzierung. Ja oder nein. Links oder rechts. Nazi oder Gutmensch. Wenn es doch so einfach wäre. Wenn es doch nicht so fatal wäre, den Begriff „Nazi“ dermaßen inflationär für Menschen zu wählen, die ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben. Die Gründe sind sicher sehr unterschiedlich, und ein nicht unerheblicher Anteil wird aus Protest gewählt haben, weniger weil man sich erhoffte, die AfD könne tatsächlich Regierungspartei werden. Vielmehr wählen Menschen zumeist aus Gründen, die in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld erzeugt werden. Das müssen nicht immer die viel beschworenen Abstiegsängste und Existenzsorgen sein. Das kann die zunehmende Vermüllung des Stadtteils sein (Schalke), das kann die gestiegene Aggressivität auf von Großfamilien okkupierten Spielplätzen sein (Feldmark) oder auch die Diskrepanz zwischen eigener Erfahrung und relativierender Aussagen seitens Polizei und Justiz. Durch das Leugnen von Tatsachen wird der Nährboden für Übertreibung und Extremismus bereitet.

Das AfD-Wahlergebnis sollte der Stadt Anstoß sein, nachzuhaken, in welchen Stadtteilen und Straßen das Alltagsleben nicht mehr klappt, wo Menschen sich von den Verantwortlichen nicht ernst genommen sehen. Wo Bürgerinnen und Bürger sich von den Volksparteien nichts mehr erhoffen. Denn wahrscheinlich sind nur die wenigsten der AfD-Wähler hier in Gelsenkirchen Glatzen, Nazis oder alte, tumbe, weiße Männer mit mangelndem Bildungshintergrund. Wir wissen so gut wie nichts über die Gelsenkirchener AfD-Wählerinnen und -Wähler, denn die wenigsten werden es öffentlich kundtun.

von Denise Klein

Quelle: 25/ Juni 2017 isso GE



In den Siedlungen Eichkamp (oben) und Grawenhof (unten) erzielt die AfD ihre besten Wahlergebnisse.

Warum die AfD in einigen Stadtteilen besonders gut abschnitt

Eine Zäsur!“, so war in den Tagen nach der Bundestagswahl von den Vertretern aller Parteien zum guten Abschneiden der AfD zu hören. Diese Zäsur würde zum Nachdenken Anlass geben, man müsse wieder zuhören, mit „den Menschen“ reden, sie ernstnehmen. Davon ab, dass genau das, was man jetzt „tun müsse“, das Kerngeschäft eines Politikers als Vertreter der Wähler sein sollte, ist ein paar Wochen später davon kaum noch die Rede. Um Inhalte und Positionen wird gerungen in den Koalitionsverhandlungen. Business as usual? Es scheint so.

Mehr als 20.000 Menschen haben in Gelsenkirchen die AfD gewählt. Im einstmaligen roten Gelsenkirchen muss so eine Wahl nicht nur zum Nachdenken anregen. Seit dem Niedergang der Montanindustrie leidet die Stadt unter einer konstant hohen Arbeitslosigkeit und ihrer Begleiterscheinungen. Das ist keine Neuigkeit. Nun ist Gelsenkirchen auch noch zur ärmsten Stadt der gesamten Republik gekürt worden. Es will nicht aufhören mit der negativen Bewertung dieser Stadt.

Wirft man einen Blick auf die Zahlen zur Bundestagswahl in den einzelnen Wahllokalen dieser Stadt, sieht man ein teilweise sehr unterschiedliches Abstimmungsverhalten. So finden sich die geringsten Zustimmungswerte für die AfD im Wahllokal Bruder-Jordan- Haus in Buer-Ost mit 8,8 Prozent. Aber auch im Gelsenkirchener Süden, im Wahllokal im Bildungszentrum, konnte die AfD gerade mal 10,7 Prozent der Stimmen holen.

Rechtsfreie Zone

Die prozentual größte Zustimmung stadtweit holte die rechte Partei in der Kleingartenanlage Im Eichkamp in der Resser Mark. 28,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler setzten hier ihr Kreuz bei der AfD. Schon bei der Landtagswahl im Mai stach dieses Wahllokal mit 28,4 Prozent heraus. Sicherlich lohnt sich ein Blick auf die jeweiligen Zustände in den Quartieren, auch rund um den Eichkamp, um Erklärungen für die hohe Zustimmung für die AfD zu finden.

Viele Anwohner in der Resser Mark klagten über die immer offensiver, teilweise bedrohlichen agierenden Zuhälter, die ihr Wirkungsfeld rund um den Straßenstrich an der Münsterstraße erweiterten. Der Eindruck einer rechtstfreien Zone entstand. Mittlerweile hat sich die Lage beruhigt, der Straßenstrich ist von der Münsterstraße auf den Pendlerparkplatz an der A2 gezogen. Doch die Unzufriedenheit sitzt tiefer.

Über Generationen hinweg haben die Anwohner der eigentlich schönen, mitten im Wald gelegenen Siedlung den Niedergang erlebt. Die Eichkampsiedlung grenzt direkt an das große Naturschutzgebiet Emscherbruch. Nach dem Krieg baute die LEG die Mehrfamilienhäuser, die nahe der Zeche Graf Bismarck Schacht 7/8 g legen waren. Als die Zeche 1966 stillgelegt wurde, die Menschen ihre Arbeit verloren hatten, errichtete

man auf dem ehemaligen Zechengelände die Mülldeponie. Statt Arbeit kam nun Müll. Lärm und Gestank gratis dazu. Nun will die Deponiebetreiberin Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR) Anfang 2018 einen Erweiterungsantrag stellen. 1,5 Millionen Kubikmeter gefährliche Stoffe mehr sollen neben Bauschutt im Emscherbruch abgeladen werden. Zusätzlich verfielen in den letzten Jahrzehnten die Häuser der Siedlung. Die 30 Wohnblöcke wurden erst 2012 mit Gas erschlossen, zuvor hatten die restlichen verbliebenen Mieter mit Kohle oder Nachtspeicheröfen geheizt. Die Häuser sind mittlerweile renoviert. Doch die lange Vernachlässigung der Siedlung hat sich auch in der nachbarschaftlichen Struktur niedergeschlagen. Hier leben heute viele Rentner, die aufgrund kleiner Renten nicht weg wollten oder konnten, und auch nach der Renovierung zieht die Mittelschicht ungern an die Müllhalde. Alles in allem kein guter Nährboden für eine hoffnungsvolle Stimmung, der die Chance auf Besserung und Aufstieg innewohnt. Doch von einem klassischen sozialen Brennpunkt kann man von der Eichkampsiedlung sicher nicht sprechen. Aber auch hier scheint mit dem guten AfD-Abschneiden eine große Unzufriedenheit einherzugehen. Wer die AfD wählt, erzeugt Aufmerksamkeit. Allein das kann schon ausreichend sein, um sich gegen die sogenannten etablierten Parteien zu positionieren, die es bisher nicht verstanden haben, die Belange der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Verweise seitens der Lokalpolitik auf Landes-, Bundes- oder Europarecht, gegen das man nichts machen könne, frustrieren. Viele Hoffnungen auf Hilfe für ein konkretes Problem in der Nachbarschaft zerplatzen.

Die Stigmatisierung der AfD hat ihr Übriges getan zur Popularisierung der Partei. Auch die mantraartigen Erziehungsversuche seitens Politik und Medien haben viele Bürgerinnen und Bürger erst zu AfD-Wählern gemacht. Der Outlaw hat immer eine Menge Sympathisanten. Das Phänomen des AfD-Aufstiegs ist jedenfalls ein hausgemachtes, da helfen auch keine Stempel wie „arm, ungebildet, männlich und abgehängt“.

Angst vor dem Abstieg

Ortswechsel in den Gelsenkirchener Südwesten, Heßler, Zechenkolonie Grawenhof. Wer Besuchern von außerhalb das Klischee vom Leben im Ruhrgebiet zeigen will, könnte sie hier durchführen. Vorbei an den kleinen Häuschen mit großem Garten, in dem zu Zechenzeiten einige Nutztiere Platz fanden; in denen heute Gartenlauben mit Terrasse nebst mal mehr, mal weniger gut gepflegten Blumenbeeten stehen und am Fahnenmast die Schalke-Fahne weht. Im Stimmbezirk, in dem der Grawenhof liegt, hat die AfD 28,4 Prozent geholt. Das ist das zweitbeste Ergebnis in Gelsenkirchen. Nicht nur die alte Zechenkolonie liegt im Stimmbezirk „1607 Kleingartenanlage Terneddenhof“, sondern auch die kleine Wilhelmine-Victoria-Straße und die Reihenhaussiedlung Große Hauwe. Dass nur Abgehängte und Ungebildete die AfD wählen, trifft hier augenscheinlich nicht zu. Ganz im Gegenteil.

Fragt man die Menschen vor dem Gafögbetriebenen „Heßler Markt“ nach einer Erklärung für den Wahlerfolg der

AfD in ihrem Stadtteil, kommt oft die gleiche Antwort: Früher habe es hier auf dem Fersenbruch so viele tolle Geschäfte gegeben, jetzt stehe vieles leer, alles verkomme immer mehr. Dreck, Sperrmüll, Unkraut zwischen den Gehwegplatten.

Aus ähnlichen Gründen hat sich vor einigen Jahren die Bürgerinitiative „Netzwerk Heßler“ gegründet. Der überparteiliche Verein will den Stadtteil nach vorne bringen und lebenswerter machen. Mit Stadtteilstunden, Putzaktionen und Netzwerkarbeit für ansässige Geschäftsleute. In der regelmäßigen „Heßler-Runde“ wollen sie Akteure im Stadtteil zusammenbringen. Heute ist die Leiterin der freiwilligen Feuerwehr der neu eröffneten Wache an der Grothusstraße gekommen, um sich vorzustellen. Seitdem das Steakhaus Fischer vorübergehend geschlossen hat, trifft sich die Runde in der „Heßler Stube“, der einzig verbliebenen Kneipe. Das Ergebnis der AfD in Heßler ärgert hier viele. Die Leute würden lieber Protest wählen, anstatt sich mal selbst für den Stadtteil zu engagieren. Das Grundproblem aus ihrer Sicht: Heßler werde von der Politik oft vergessen. Der Stadtteil sei zu klein und zu sehr am Rand gelegen. Außerdem sei es hier eben noch nicht so schlimm wie anderswo in Gelsenkirchen. Aber wollen wir denn warten, bis es hier auch schlimm wird?, so die Frage eines Teilnehmers.

Vielleicht ist genau das der Kern des AfD-Erfolgs in Heßler. Schließlich wirbt die AfD damit, Schlimmeres verhindern zu können. Angst vor dem Abstieg kann nur jemand haben, der noch etwas zu verlieren hat. Und zu verlieren gibt es im Grawenhof immer noch viel.

Beide Beispiele zeigen, dass die Beweggründe zur AfD-Wahl äußerst unterschiedliche sein können, einen wird sicherlich beide Milieus die Frage nach der Zukunft: der eigenen, vielleicht die der Kinder oder Enkelkinder. In welchem Gelsenkirchen werden wir in zehn, in zwanzig Jahren leben, mag sich mancher fragen. Und wird dies ein gutes Gelsenkirchen sein?

Die bisherige Entwicklung dieser Stadt prognostiziert ein eher anderes Bild. 41 Prozent beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die von Hartz IV und Sozialhilfe leben. Wiedereinmal ist Gelsenkirchen bundesweiter Spitzenreiter. Im Vergleich: die niedrigste Quote hat das bayerische Illm mit 2,2 Prozent. Die Gründe liegen laut Studie des Wirtschaftsund Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der wachsenden Zahl anerkannter Flüchtlinge, die nun nach und nach vom Asylsystem ins Hartz-IV-System wechseln. Doch auch Zuwanderer sind überdurchschnittlich oft im Leistungsbezug. Und somit ihre Kinder. Demgegenüber sei die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit sowohl ohne als auch mit Migrationshintergrund, die Hartz IV beziehen, gesunken.

Mehr als die Hälfte (53 %) aller Kinder und Jugendlichen in Gelsenkirchen haben eine Wanderungsgeschichte. Für neu zugewanderte Kinder hat die Stadt seit langem die sogenannten Internationalen Förderungsklassen eingerichtet. Hier werden Kinder unterrichtet, die kein oder kaum Deutsch sprechen. Doch die Klassen platzen aus allen Nähten, und es gibt nicht genügend Lehrer. Die Stadt Gelsenkirchen muss eigens in Lehrerseminaren für den Standort werben. Lehrer anderer Kommunen wie Münster werden nach Gelsenkirchen geschickt. Doch ausreichend ist das nicht. Es herrscht Mangel an den hiesigen Schulen, sowohl in perso-

neller als auch in räumlicher Hinsicht. Besonders die Grundschulen sind betroffen. Flüchtlingskinder und Kinder der rumänischen und bulgarischen Zuwanderer stellen die Schulen vor besonders große Herausforderungen.

Nachrichten des Scheiterns

Die Folgen tragen vor allem die Kinder, alle Kinder, denn Lernen braucht Platz, Zeit, Ruhe und Zuwendung der Lehrkraft. Doch das kann die normale Grundschule nicht mehr leisten. Das macht sich in der letzten Studie bemerkbar, die das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen durchgeführt hatte. Die Ergebnisse bescheinigten einen drastischen Rückgang in Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz bei Grundschulern. Als Grund wird der gestiegene Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den Klassen benannt. Und für die nächsten Jahre wird es nicht besser aussehen, denn in die Studie sind die Kinder, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, nicht miteingerechnet. Die Politik hat darauf, zumindest bisher, keine Antwort. Zu wenig Lehrkräfte, zu wenig Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, die die Lehrer unterstützen könnten. Auch in Sachen Schulabbrecherquote zeigt sich Gelsenkirchen ganz vorn. 11,8 Prozent junger Menschen eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne Abschluss.

All diese Nachrichten des Scheiterns, all diese düsteren Entwicklungen erzeugen ein depremierendes Klima in der Stadtgesellschaft. Hier stimmt vielleicht das Bild des „Abgehängtseins“, das viele den Wählern der AfD nachsagen. Aber auch das gute Abschneiden der FDP ist kein Attest für eine als gut empfundene Arbeit der beiden Volksparteien, die sich mit ihren Entscheidungen – oder auch nicht getroffenen Entscheidungen – bis tief in die Quartiere gräbt.

von Denise Klein und Tobias Hauswurz

Quelle:29/ November 2017 isso GE

NEU ab dem 1.1.2018
Montag und Dienstag
von 13:00 - 16:00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag
von 9:00 - 12:00 Uhr

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 513759 Fax: 0209 514207

Homepage:

www.gew-gelsenkirchen.de

E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten: Mo.bis Do.: 09:00 - 12:00 Uhr

Am 17.11.2017 im Consol Theater Jubilarehrung 25 und 40 Jahre Mitglied in der GEW



25 Jahre: Kerstin Spain,
Liane Treder, Marion Vöing

Danach noch ein kleiner
Umtrunk in der Kellerbar



Fotos: Steinchen

40 Jahre: Elke Ackermann- Zekai,
Irmgard van Beek – Fußwinkel, Annette Dewald,
Heidmarie Gehrke, Herbert Mellage, Helga Mohr,
Ralph Schlumberger, Klaus Willig



Sabine Wild und Gerd Seifert

Besondere Jubilarehrung

40 Jahre Stadtverbandszeitung 50 Jahre GEW



Karl-Heinz Mrosek berichtete über 40 Jahren Stadtverbandszeitung mit im Bild: Bernd Matzkowski, Gelsenkirchener Pädagoge, Autor und Kabarettist der das Abendprogramm füllte mit "Freuden und Leiden eines langen Berufslebens im Klassenzimmer".



50 Jahre: Rolf Kleine-Nieße

Sie möchten Mitglied bei der Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft werden? Das ist eine gute Entscheidung!

Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter www.gew.de/Mitgliedsantrag.html
oder in unserer Geschäftsstelle

Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207 E-Mail: gew-ge@gmx.de

Die GEW wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

